

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!



Demozeitung

18. JAN. '14 DEMO

Agrarpolitik

Ein neuer Minister mit den alten Baustellen: die nationale Umsetzung der EU-Agrarpolitik, das Freihandelsabkommen mit den USA, ein konzernfreundlicher EU-Saatgutverordnungsentwurf. Viele gute Gründe, um in Berlin zu demonstrieren auf den **Seiten 3 bis 5, 8 und 15.**

Tierhaltung

Eine Bundestierwohloffensive steht im Koalitionsvertrag, eine Brancheninitiative im Raum, eine Bürgerinitiative streitet im flachen Land, das Tierschutzlabel liegt in den Theken und Neulandtiere wühlen im Stroh. Mehr dazu auf den **Seiten 8, 10 und 12.**

Bewegung

Aufs Land und in die Landwirtschaft zieht es immer mehr Menschen. Die Grundlage ihres Wirtschaftens, der Boden, ist nicht immer einfach zu bekommen. Mit Energie und Ausdauer gehen einige voran in der Bewegung auf den **Seiten 14, 16, 17.**

Die Seite 3

Wirtschaft ohne Wachstum 3

Agrarpolitik

„Transatlantische Freihandelsgespräche stoppen“ 4

Widerstand durchgesetzt 4

Demokratie unter Druck 5

Wann ist die Leguminose grün? 6

Weltmarkt ohne Nachfragezuwachs 11

„Handlungsanweisungen konstruktiv umsetzen“ 12

Milch

Mit Ausdauer und einem Ziel erreicht man viel 7

Bewegung

Dargelütz ohne Schweinefabrik 8

Apfelbäume als Erinnerungstütze 14

„Die Dynamik des ersten Jahres weitertragen“ 17

Commons - Von der Vergangenheit bis in die Gegenwart .. 18

Tierhaltung

„In der Debatte noch mehr Druck aufbauen“ 10

Gentechnik

Südbrasilien gründet erste Bauernuniversität 13

Nachbau

Positive Blockade 15

Hofportrait

Ländliche Entwicklung nur mit bäuerlicher Landwirtschaft 16

Weitere Themen

Zu Besuch bei Christian Bayer und Andreas Koop, Seite 9; Leserkommentar Seite 19; Lesen Seite 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Darf es sein, dass Sauen so viele Ferkel bekommen, dass sie nicht mehr ausreichend viele Zitzen haben, um alle ernähren zu können? Darf es sein, dass diese sogenannten Überschüsse einfach erschlagen werden, wie jüngst in Fernsehbildern enthüllt? Darf es sein, dass bei den Arbeits- und Lebensbedingungen in deutschen Großschlachthöfen vorindustrielle Zustände herrschen und über Werkverträge Löhne unter fünf Euro bezahlt werden?

Mich schockieren die Bilder aus Agrarfabriken in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, das darf nicht zum Alltag werden. Auch die Berichte aus der Region Osnabrück darüber, dass vornehmlich Wanderarbeiter aus Osteuropa in der Schlachtindustrie arbeiten und dort leben wie im vergangenen Jahrhundert, rütteln mich auf. Deutschland ist zum Lohndumpingland Nr. 1 der Agrarindustrie geworden. Doch dem nicht genug. Über das EU-USA Freihandelsabkommen sollen die letzten Verbraucher-



Kommentar

Aus den Fugen

rechte gebrochen werden. In Zukunft sollen auch noch Chlorhühnchen und Agro-Genetik über die Hintertür auf unseren Tellern landen können. Dabei geht es eigentlich darum, die Märkte der multinationalen Agrarkonzerne zu sichern. Der Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft in den USA sowie der EU ist nicht vorgesehen. Das Freihandelsabkommen bedroht die Existenz

zahlreicher Bäuerinnen und Bauern. Doch es gibt Hoffnung! Dass dieses System der globalisierten und industriellen Landwirtschaft aus den Fugen geraten ist, stellen mittlerweile auch die Wissenschaftler der Welternährungsorganisation (FAO) klar, die das Jahr 2014 zum Jahr der bäuerlichen Landwirtschaft (Family Farming) ausgerufen hat und verlauten lässt: „Kleinbauern ernähren die Welt von Morgen!“

Diese Neuausrichtung muss sich der neue Landwirtschaftsminister Friedrich zu eigen machen. Er muss zeigen, dass er den Bürgerwillen, beispielsweise die 250 bundesweiten Bürgerinitiativen gegen industrielle Massentierhaltung, in Deutschland wahrnimmt. Er muss erkennen, dass das „agrarisches Modell“ von einem Großteil der Menschen nicht mehr getragen wird. Es müssen radikale Reformen in der Landwirtschaftspolitik eingeläutet werden, um die Landwirtschaft endlich tier-, umwelt- und bauernfreundlicher zu machen. Das werden viele 10.000 Menschen am 18. Januar von ihm verlangen. Herr Friedrich, es wartet viel Arbeit auf Sie!

Doch auch ohne ministeriale Unterstützung werden wir nicht den Kopf in den Sand stecken. Widerstand wird zur Pflicht, wenn die Profite der Konzerne immer mehr über das Wohl von Mensch, Tier und Umwelt gestellt werden. Und der Widerstand zeigt schon Erfolg, denn einige Megaställe und sogar der Schlachthof im niedersächsischen Alhorn konnten durch lokale Bürgerinitiativen verhindert werden. Gentechnik hat immer noch keinen Fuß in Deutschland gefasst, auch wenn der Druck durch die EU-Zulassung des Pioniermais 1507 wieder wächst. Die Politik muss sich endlich auf die Seite von Bäuerinnen und Bauern sowie der Zivilgesellschaft stellen. Dem entgegenstehende Gesetze sind von Menschen gemacht und können von Menschen geändert werden. Das ist es, was uns der verstorbene Nelson Mandela gelehrt haben sollte.

Deswegen: Auf nach Berlin! Für gutes Essen und gute Landwirtschaft! Und zwar gemeinsam! Oder wer kann, auch mit dem Trecker! Wir freuen uns auf euer Kommen.

Jochen Fritz

Leiter der Kampagne Meine Landwirtschaft

Mitorganisator der „Wir haben es satt“ Demonstration

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Zum Titel:

Ein Schwein auf das Plakat zur „Wir haben es satt!“- Demo ist schon lange überfällig. Aber musste es nun so ein schwarzes sein? Und hätte es sich nicht mal die Nase putzen können? Die schwäbisch-hällische Sau lebt auf einem Biohof im bayerischen Wald im Außenklimastall mit Zugang zur Weide. Da ist die dunkle Hautfarbe vielleicht ganz praktisch bei Sonnenbrand und Hitze. Und blanke Nasen sprechen für wenig Wühlmaterial in der Nähe. Also nehmen wir das Bild als Wunschvorstellung: so sollten vielleicht nicht alle aussehen, aber so sollten alle Schweine leben können – auf Stroh, mit Auslauf, artgerecht.

Wirtschaften ohne Wachstum

Soziale Netzwerke und eigene Fähigkeiten als Beitrag zur Postwachstumsökonomie

Bislang sind alle Versuche gescheitert, durch technische Innovationen ein „grünes“, also ökologisch ungefährliches, Wachstum zu entfachen. Schon deshalb verbleibt als einzig verantwortbare Option, das Industriesystem erstens um die Hälfte zu verkleinern, zweitens teilweise zu regionalisieren und drittens um eine Subsistenzökonomie zu ergänzen. Wenn die nach dieser Umwandlung verbliebene Erwerbsarbeitszeit fair verteilt würde, könnte für jede erwachsene Person im Durchschnitt noch eine 20-Stunden-Beschäftigung verfügbar sein. Damit wäre nur eine sparsame Ausstattung mit Konsumgütern finanzierbar. Aber ein Nebeneffekt könnte darin bestehen, sich von jenem Überfluss zu befreien, der längst einen Konsum-Burn-Out heraufbeschwört. Außerdem würden die nunmehr freigestellten 20 Stunden Spielräume für drei Kategorien an handwerklicher und kooperativer Selbstversorgung eröffnen.

Intensive Nutzung

a) Gemeinschaftsnutzung: Wer die Nutzung von Gebrauchsgegenständen mit anderen Personen teilt, trägt dazu bei, industrielle Herstellung durch soziale Beziehungen zu ersetzen. Doppelte Nutzung bedeutet halbierten Bedarf. Verschenkmärkte, Tauschbörsen, -ringe und -partys sind weitere Elemente. b) Nutzungsdauerverlängerung: Wer durch handwerkliche Fähigkeiten oder manuelles Improvisationsgeschick

die Nutzungsdauer von Konsumobjekten erhöht – zuweilen reicht schon die achtsame Behandlung, um frühen Verschleiß zu vermeiden – ersetzt materielle Produktion durch eigene produktive Leistungen, ohne auf Konsumfunktionen zu verzichten. Wo es gelingt, die Nutzungsdauer durch Instandhaltung, Reparatur, Umbau etc. durchschnittlich zu verdoppeln, könnte die Produktion neuer Objekte entsprechend halbiert werden. Offene Werkstätten, Reparatur-Cafés und Netzwerke des hierzu nötigen Leistungs- und Erfahrungstausches würden dazu beitragen, ein modernes Leben mit weniger Geld und Produktion zu er-



Mehr selbst machen, propagiert Paech
Foto: Uni Oldenburg

möglichen. c) Eigenproduktion: Im Nahrungsmittelbereich erweisen sich Hausgärten, Dachgärten, Gemeinschaftsgärten und andere Formen der urbanen Landwirtschaft als dynamischer Trend, der zur De-Industrialisierung und Bewusstseinsbildung in diesem Bereich beitragen kann. Künstlerische und handwerkliche Betätigungen reichen von der kreativen Wiederverwertung ausrangierter Gegenstände – z.B. zwei kaputte Computer ausschichten, um daraus ein funktionsfähiges Gerät zu basteln – über selbst gefertigte Holz- oder Metallobjekte bis zur halb-professionellen Marke „Eigenbau“.

Kooperative Selbständigkeit

Moderne Subsistenz, Bestehen durch sich selbst, bedeutet Autonomie, insbesondere sich durch subversive Taktiken unabhängig(er) von Geld- und Industrierversorgung zu machen. Das Backrezept ist einfach: Industriegüter werden durch eigene Produktion ersetzt oder durch selbsttätige und kooperative Subsistenzleistungen „gestreckt“, um das Potenzial der Bedürfnisbefriedigung durch eine bestimmte Produktionsmenge zu vervielfachen. Dazu sind drei Ressourcen nötig: Erstens handwerkliches Improvisationsgeschick, künstlerische und substanziell praktische Kompetenzen. Zweitens eigene Zeitressourcen, denn manuelle Verrichtungen, die energie- und kapitalintensive Industrieproduktion ersetzen, sind

entsprechend arbeitsintensiv. Drittens sind soziale Netze wichtig, damit sich verschiedene Neigungen und Talente synergetisch ergänzen können. Eine sich derart ergänzende Versorgung steigert die Krisenresistenz und mindert den Wachstumsdruck, weil monetäres durch soziales Kapital ersetzt wird. Mit dem hierzu nötigen Übungsprogramm kann jede/r sofort beginnen. Die Reduktion und Umverteilung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit wäre ein erster Schritt. Kommunale Verwaltungen könnten Anbauflächen, brachgefallene Immobilien und Werkstätten verfügbar machen. Bildung und Erziehung könnten sich stärker an geldlosen Versorgungspraktiken, vor allem handwerklichen Befähigungen orientieren. Unternehmen könnten Reparaturkurse anbieten und müssten über politische Maßnahmen von „unternehmerisch geplante Verschleiß“ abgehalten werden, damit aus hilflosen Konsumenten souveräne Reparateteure werden. Natürlich wären dies nur einige unter mehreren Schritten, die zu einer „Postwachstumsökonomie“ (Paech 2012) führen. Das Ziel bestünde darin, den Rückbau der Industrie- und Konsumgesellschaft sozialverträglich zu gestalten und ökonomisch zu stabilisieren. Nur so lassen sich Lebensstile entwickeln, deren globale Verbreitung verantwortet werden kann.

Niko Paech, Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt an der Uni Oldenburg

Erwartungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft

Eine Studie des von Thünen Instituts gibt Einblicke und Handlungsempfehlungen

Aus Diskussionen und Befragungen zu den Themenfeldern Agrarstrukturwandel, Schweinehaltung und Biogas-Erzeugung ergab sich, dass Kritiker eines Themenbereichs meist auch kritisch gegenüber den anderen Bereichen auftraten und oft über eine bessere Bildung und mehr Kenntnis der Landwirtschaft verfügten als Befürworter oder Menschen mit moderater Einstellung. Der Strukturwandel wurde vor allem negativ im Bezug auf die Tierhaltung bewertet und mit Begriffen wie „Massenproduktion“ und „spezialisiert“ verbunden. Die Schweinehaltung wurde meist als nicht artgerecht wahrgenommen und mit überfüllten Ställen sowie einem hohen Medikamenteneinsatz assoziiert.

Dennoch lehnen nur zehn Prozent der Befragten eine staatliche Förderung der Landwirtschaft grundsätzlich ab. Ein Großteil der Studienteilnehmer wünschte sich eine Umstrukturierung der Landwirtschaft hin zu kleineren, diversifizierten Betrieben sowie eine artgerechtere Tierhaltung durch mehr Platz pro Tier, Auslauf und Beschäftigungsmaterial. Außerdem wurde ein Verzicht auf gentechnisch veränderte Futtermittel und auf betäubungslose Eingriffe am Tier gefordert sowie grundsätzlich eine bessere Einhaltung bestehender Gesetze durch flächendeckende Kontrollen und härtere Strafen bei Verstößen. Die Autoren der Studie sehen im Kaufverhalten der Verbraucher als

Motor für gesellschaftlich erwünschte Veränderungen nur begrenztes Potential. Deshalb wird vor allem auf die politischen Handlungsoptionen hingewiesen: Es sollen gezielt Anreize geboten werden, um Schutzgüter wie Landschaftsbild und Tierwohl zu sichern. Für extreme Betriebsgrößen und regionale Viehdichten sei die Einführung von Obergrenzen denkbar. Verschärfte Tierschutzauflagen werden im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb als schwierig bewertet. Gleichzeitig wird die derzeitige Anreizpolitik als nicht ausreichend angesehen, um das Ansehen der Nutztierhaltung grundlegend zu verbessern: „Es mangelt an einer gesellschaftlich akzeptierten Vi-

sion für die Nutztierhaltung. Diese (...) müsste sowohl das langfristige Zukunftsbild betreffen als auch den Weg dorthin“. Die Wissenschaftler empfehlen einen Diskussionsprozess auf Grundlage der Nutztierstrategie der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA). *cu*

Zander, Isermeyer, Bürgelt, Doreen; Christoph-Schulz, Salamon, Weible (2013):

Erwartungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft., Thünen-Institut im Auftrag der Stiftung Westfälische Landwirtschaft

„Transatlantische Freihandelsgespräche stoppen“

Der AbL-Bundesvorsitzende Bernd Voß über die Positionen der AbL zur Handelspolitik

Unabhängige Bauernstimme: Die AbL fordert, die transatlantischen Freihandelsgespräche zu stoppen. Warum reicht es nicht, den Landwirtschaftsbereich rauszunehmen?

Bernd Voß: Weil es beim transatlantischen Freihandelsabkommen im Kern

gar nicht um einen verbesserten Handel geht. Die Zölle sind schon fast gänzlich abgebaut. Aber mit diesem Abkommen versucht die Agrarindustrie, wie andere Wirtschaftsbereiche auch, sowohl in den USA als auch in der EU ausschließlich ihre Interessen durchzusetzen. Sie wollen eine Reduktion auf industriege-

rechte Standards. Das würde für uns den Abbau bäuerlicher Qualitätserzeugung bedeuten. Das ist nicht gut für die Verbraucher, Umwelt und eine multifunktionale ländliche Entwicklung. Auch im Pestizidbereich, in der Chemiepolitik, der Energiepolitik und beim Fracking oder bei einem Investorengegen-Staaten Schiedsgericht drohen unsere Standards aufgeweicht zu werden. Die Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stützen diese Entwicklung noch, denn dadurch erhalten Industrie und Wirtschaft mehr Macht gegenüber Bürgern, Bauern und Zivilgesellschaft. Außerdem entwickelt die Welt sich weiter. Vor zwanzig Jahren hatten wir noch nicht Rechtsbereiche wie den Schutz der Gentechnikfreiheit. Durch solch ein geplantes Freihandelsabkommen wird es in Zukunft schwierig sein, so etwas in Europa oder den Mitgliedsstaaten ohne die Mitsprache der Vertragspartner zu regeln.

Aber bei den Verhandlungen in der Welthandelsorganisation fordert die AbL nicht deren Abschaffung, sondern eine grundlegende Reform. Wie passt das zusammen?

Die WTO ist vor zehn Jahren ins Stocken geraten, weil Entwicklungsländer sich in Gruppen zusammengeschlossen haben, um eine Gegenmacht gegenüber den Interessen der Industrie und Wirtschaft aufzubauen. Diese Bemühungen sind von einer regen Zivilgesellschaft weltweit unterstützt und begleitet worden. Dadurch ist zumindest eine neue Diskussion um Qualitäten und Standards in der Handelspolitik entstanden, weshalb die Freihandelsprofiteure von der WTO Abstand genommen haben. Und etwas viel Schlimmeres ist eingetreten: Die Industriemächte haben bilaterale Verhandlungen angekurbelt und bereits viele solcher Abkommen mit deutlich mehr einseitiger Marktöffnung als in der WTO abgeschlossen. Das zeigt doch, dass es nicht reicht, die WTO abzuschaffen oder die Landwirtschaft aus der WTO raus zu nehmen. Vielmehr muss eine Handelspolitik multilateral und unter Einfluss der Betroffenen entwickelt werden. Das kann in einer transparenteren, demokratischeren WTO sein oder unter einem anderen Namen laufen, aber das ist eben nicht entscheidend.

Ist denn ein bäuerlicher Einfluss in der Welthandelspolitik realistisch?

Das jüngste Abkommen in der WTO hat gezeigt, dass eine starke Zivilgesellschaft etwas bewegen kann. Indien hat Forderungen zur regionalen Ernährungssicherheit und Förderung bäuerlicher Strukturen durchboxen können. Auch wenn uns das natürlich nicht ausreicht, müssen wir daran anknüpfen, um Qualitäten der bäuerlichen Erzeugung und die ganze Bandbreite der gesellschaftlichen Anliegen der Zivilgesellschaft und zahlreicher Wirtschaftsakteure in der Handelspolitik zu etablieren und zu sichern. Unser Erfolg wird davon abhängen, wieviel gesellschaftlichen Druck sich durch die von uns angestoßene Debatte entwickelt. Das bundesweite Bündnis Unfairhandelbar ist da ein guter Anfang.

Vielen Dank für das Gespräch!

Berit Thomsen



Die AbL-Bundesvorsitzenden Maria Heubuch und Bernd Voß bei der „Wir haben es satt Demo“ 2013 in Berlin mit Traktor vor dem Bundeskanzleramt
Foto: Jasper

Widerstand durchgesetzt

Neues Mini-WTO-Handelsabkommen enthält Kompromiss

In der zweiten Dezemberhälfte gingen Meldungen durch die Medien, wie: „WTO einigt sich auf historisches Handelsabkommen“. Im Detail betrachtet enthält das Abkommen lediglich zehn Einzelvereinbarungen zu eng begrenzten Themenfeldern. Dabei handelt es sich etwa um die Vereinfachung der Zollabwicklung im Handel oder besseren Marktzugang für die ärmsten Entwicklungsländer in Schwellen- und Industrieländern.

Interessen bündeln

Die eigentlich strittigen Themen, wie beispielsweise eine noch aggressivere Marktöffnung für Industrie- und Agrargüter oder Dienstleistungen, standen gar nicht erst auf der Tagesordnung. Diese Wünsche der Industrie und Wirtschaft lassen sich in der WTO nicht mehr so leicht erfüllen, da die Entwicklungsländer in den vergangenen Jahren im Zuge der Verhandlungen ihre Interessen gebündelt haben und Schutzmechanismen für sich und für bäuerliche Wirtschaftsweisen einforderten. Und selbst in diesem Mini-Abkommen konnten Entwicklungsländer

noch Teile ihrer Forderungen zur Ernährungssicherheit und Kleinbauernförderung durchsetzen.

Handelsverzerrende Unterstützung

„Das hatte die von Indien und Indonesien koordinierte G33 Gruppe von Entwicklungsländern mit kleinbäuerlich geprägter Landwirtschaft schon lange in die Verhandlungen eingebracht“, sagt dazu Tobias Reichert von Germanwatch, der in Bali die Verhandlungen beobachtet hat. „Neue Dringlichkeit erhielt dieser Vorschlag dadurch, dass die indische Regierung als Reaktion auf zivilgesellschaftliche Gruppen wie die Right to Food Campaign, kürzlich beschlossen hat, den Verkauf von staatlich subventionierten Grundnahrungsmitteln stark auszuweiten.“ Solche Programme gelten in der WTO als handelsverzerrende Unterstützung, wenn dafür zu staatlich festgelegten Preisen eingekauft wird. Die Einigung besteht nun darin, dass durch eine „Friedensklausel“ kein WTO-Mitglied gegen die aktuellen Hilfsprogramme in Indien eine Klage anstrengen dürfe, bis eine dauerhafte Lösung durch eine Anpassung des Agra-

abkommens vereinbart ist. „Das ist noch nicht der große Wurf, sondern bestenfalls ein Anfang“, so Reichert. Kritiker wie Biraj Patnaik von der indischen Right to Food Campaign oder das Hilfswerk Brot für die Welt fordern ebenfalls eine Nachbesserung. Demnach dürfe das Nahrungsmittelprogramm in Indien nicht auf Getreide beschränkt bleiben und auch andere Länder müssten staatliche Maßnahmen zur Ernährungssicherheit umsetzen dürfen.

Bilaterale Abkommen

Im Jahr 1995 ist das letzte multilaterale Abkommen in Kraft getreten, einhergehend mit der Gründung der WTO. Seither konnte keine Einigung erzielt werden. Aber die Handelspolitik wird außerhalb der WTO in bilateralen Abkommen scharf vorangetrieben. Allein die EU hat bis dato 45 Abkommen abgeschlossen und mit 87 Ländern steht sie in Verhandlungen. Die Inhalte der Abkommen gehen weit darüber hinaus, was in der WTO an Marktöffnung überhaupt diskutiert worden ist.

Berit Thomsen

Demokratie unter Druck

Kritik aus den USA zum geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen

Ein Gespräch mit Karen Hansen-Kuhn, sie ist Programmleiterin International beim Institut für Landwirtschaft und Handelspolitik (IATP) und wird auf der Demo „Wir haben es satt“ in Berlin sprechen.

Unabhängige Bauernstimme: Erklären Sie uns, wie Handelspolitik in den USA bestimmt wird?

Karen Hansen-Kuhn: In den USA verhandelt die Behörde der US-Handelskommission die Abkommen, die anschließend dem Kongress vorgelegt werden, um deren Zustimmung zu erhalten. Die Obama Regierung will das sogar noch aufweichen und versucht derweil im Kongress durchzubringen, eine Art Behörde zur Handelsförderung einzurichten, die solche Abkommen noch schneller abschließen kann. Dieser undemokratische legislative Mechanismus würde sogar noch die Debatte um ein bereits abgeschlossenes Abkommen aushebeln, denn Repräsentantenhaus und Senat, die beiden Kammern des Kongresses, sollen nur noch ihre Zustimmung erteilen können, ohne jegliche Einflussnahme von Änderungsmöglichkeiten. Das ganze Prozedere um die Handelspolitik ist überhaupt problematisch, weil keinerlei Texte nach außen dringen. Das bedeutet, die Zivilgesellschaft wird unwissend und außen vor gehalten.

Was sind aus ihrer Sicht die Hauptkritikpunkte des geplanten EU-USA-Handelsabkommen?

Transparenz und Investorenschutz sind die wichtigsten Bereiche. Die Verhandlungen werden hinter verschlossenen Türen geführt. Somit ist ein Kernpunkt, Transparenz einzufordern. Die Regierung überlegt außerdem ein Investoren-Staatschiedsverfahren in TTIP zu beschließen, welches Unternehmen das Recht geben würde, Staaten für entgangene Profite aufgrund von Regeln und Gesetzen verklagen zu können. Das würde außerhalb unserer legalen Rechtssysteme entschieden werden. Das ist eine große Bedrohung demokratisch beschlossener Regeln und hat in Handelsabkommen nichts zu suchen.

Inwieweit werden Bauern in den USA betroffen sein?

Der größte Einfluss wird auf kleinere Betriebsstrukturen erwartet, die eine nachhaltigere landwirtschaftliche Erzeugung weiterentwickeln wollen. Das wird aufgrund der Konzentration und Marktmacht von Unternehmen ohnehin schon immer schwieriger. Mary Hendricksen von der Universität Missouri hat ermittelt, dass die vier großen Konzerne wie Cargill, Tyson, JGF und National Beef ihren Marktanteil

an der nationalen Rindfleischherzeugung von 69 Prozent im Jahr 1990 auf 82 Prozent 2012 steigern konnten. Eine ähnliche Entwicklung ist in den Bereichen Hähnchen, Schweine, Getreide und in anderen landwirtschaftlichen Sektoren zu verzeichnen. Das macht es für Bauern immer schwieriger, faire Preise für ihre Produkte und ihren Lebensunterhalt durchzusetzen. Diese Entwicklung wird durch solch ein Abkommen noch geschürt.



Karen Hansen-Kuhn vom IATP Foto: IATP

In Europa entwickelt sich ein bäuerlicher und zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen dieses Abkommen. Wie sieht es in den USA aus?

Bauernorganisationen, Kirchen, Arbeiter- und Umweltbewegungen arbeiten in den USA seit einiger Zeit gemeinsam gegen Freihandelsabkommen, aber mit dem EU-USA-Handelsabkommen ist ein neues Interesse entfacht. Wir denken auch über Wege nach, wie wir mit der Zivilgesellschaft in Europa enger zusammenarbeiten können. Dafür organisieren wir im Dezember einen Kongress anlässlich der dritten Verhandlungsrunde in Washington, den wir im Internet übertragen wollen. Wie arbeiten außerdem schon mit ARC2020 zusammen, um die Kooperationen mit europäischen Gruppen auszudehnen. Meine Kollegin Shefali Sharma und ich werden im Januar nach Berlin reisen und wir hoffen, dass wir Bauern- und Verbraucherbewegungen treffen werden, um über weitere Vernetzungen nachzudenken.

Vielen Dank für das Gespräch!

Berit Thomsen

Kurzes am Rande



Maria Heubuch (AbL) und Hubert Weiger (BUND) auf der gemeinsamen Pressekonferenz zur Bewertung des Koalitionsvertrags Foto: Jasper

Den wagen Worten Taten folgen lassen

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz kritisierten der Vorsitzende des BUND, Hubert Weiger und die AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch die Ausgestaltung des Bereichs zur Agrarpolitik im Koalitionsvertrag von Union und SPD. Man verweigere sich der notwendigen Neuausrichtung und gebe allenfalls Lippenbekenntnisse zur nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft ab, so der Tenor der Kritik. Nach wie vor gehe das meiste Geld aus Brüssel an die rationalisierten agrarindustriellen Betriebe. „CDU, SPD und CSU haben in ihrem Koalitionsvertrag die bäuerliche Landwirtschaft zum Ziel ihrer Agrarpolitik erklärt. Wenn sie das ernst meinen, müssen sie die Verteilung der Agrargelder grundlegend ändern“, sagte Heubuch. Die AbL und der BUND forderten Bundestag, Bundesrat und Bundesländer auf, der „mängelbehafteten Agrar-Agenda von Schwarz-Rot“ eigene politische Impulse entgegenzusetzen. Dazu gehöre auch die Einführung moderner Standards in der Tierhaltung. Statt der im Koalitionsvertrag angekündigten nebulösen „Tierwohl-Offensive“ seien konkrete Verbesserungen zur artgerechteren Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere erforderlich. Auch ein klares Bekenntnis zur Gentechnikfreiheit forderten die Verbandsvorsitzenden. pm

Zugunsten bäuerlicher Betriebe

Anlässlich des Weltbodentages Anfang Dezember forderte die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft AbL ein Ende der Konzentration landwirtschaftlicher Nutzfläche auf immer weniger Betriebe und warnte vor dem zunehmenden Einstieg außerlandwirtschaftlicher Investoren besonders in Ostdeutschland, der derzeit vom geltenden Recht oftmals noch begünstigt werde. Stattdessen müsse Boden und Landwirtschaft insgesamt in die Hand von Bauern und Bäuerinnen und dürfe nicht weiter einer kleinen Garde von Großbetrieben zugute kommen und zum Renditeobjekt außerlandwirtschaftlicher Investoren verkommen erklärte der AbL-Bundesvorsitzende Bernd Voß. „Wir müssen weg von dem zerstörerischen und hin zu einem aufbauenden Strukturwandel, der bäuerliche Landwirtschaft sichert und stärkt und gezielt Chancen für neue Existenzen mit tragfähigen Konzepten in der Landwirtschaft eröffnet. Dazu dürfen die Direktzahlungen nicht mehr unbegrenzt und linear gezahlt werden, sondern müssen konsequent an gesellschaftliche Kriterien gebunden werden, und das Bodenrecht muss überarbeitet werden.“ pm

Hofabgabeklausel auf den Prüfstand

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist festgehalten, dass die Hofabgabeklausel neu gestaltet werden soll. Vertreter des Bund Deutscher Landjugend (BDL) kritisierten diesen Plan, weil eine Umgestaltung ihrer Meinung nach zu Lasten der Planungssicherheit von Junglandwirten gehe und die Möglichkeit zur Betriebsübernahme gefährde. Der Arbeitskreis für die Abschaffung der Hofabgabeklausel hingegen äußerte sich empört über die Reaktion der Junglandwirte und wies auf drohende Probleme durch Altersarmut besonders für kleine Betriebe in benachteiligten Gebieten ohne Hofnachfolger hin, weil der Erlös aus Pacht und Rente nicht reiche. In Rheinland-Pfalz hat sich nun überraschend der sozialpolitische Ausschuss im Rheinischen Landwirtschafts-Verband (RLV) für die Abschaffung der Hofabgabeklausel ausgesprochen. Die Mitglieder folgen damit der Argumentation von Dr. Peter Mehl vom Thünen-Institut, der sich für eine neue Regelung einsetzt: Für Landwirte, die außer der Hofabgabe alle weiteren Voraussetzungen für den Altersrentenbezug erfüllen, sollen die Bezüge mit einem Abschlag von 10% gezahlt werden. Nun muss der Vorstand des RLV den Vorstoß des Ausschusses diskutieren und darüber abstimmen. cw

Wann ist die Leguminose grün?

Politisches Tauziehen bei der Ausgestaltung des Greening in Brüssel und Berlin

Greening – eine Chance für Leguminosen?“ Rund um diese Frage drehten sich Ende November die Vorträge auf dem 3. Leguminosentag im Lehr- und Versuchszentrum Haus Düsse der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (NRW). Eine klare Antwort konnte den mehr als 70 Teilnehmenden auf Grund politischer Ungewissheiten jedoch keiner der ReferentInnen geben. Die Vorzüge des Anbaus von Hülsenfrüchten, wie Ackerbohne und Erbse, innerhalb der Fruchtfolge wurden sowohl von Bauern als auch Beratern deutlich benannt. Christoph Dahlmann, Mitveranstalter und Leiter des Projektes „Vom Acker in den Futtertrog – Zukunftsweisende Eiweißfuttermittelversorgung in NRW“ der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) sprach von einer „optimalen Kombination aus nachhaltiger Landbewirtschaftung, regionaler Erzeugung von hochwertigem und gentechnikfreien Eiweiß, Förderung der Bodenfruchtbarkeit und Klimaschutzwirkung“. Er forderte flankierende politische Rahmenbedingungen, um den Anbau dieser Pflanzenfamilie dauerhaft innerhalb der Fruchtfolgen zu etablieren und so auch Zucht und Marktchancen voranzutreiben. Ein Anreiz könnte in der Anerkennung als Beitrag zur Ökologisierung im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) liegen. Genau dies ist jedoch eins der noch ungeklärten Details des Reformpaketes, die durch die EU Kommission noch genauer ausgeführt werden müssen, während die Mitgliedsstaaten dies kritisch beobachten und an ihrer eigenen Umsetzung in nationales Recht arbeiten. Fest steht: Nach einem Übergangsjahr treten erst 2015 die Änderungen der neuen EU-Agrarförderperiode

voll in Kraft. Von da an erhalten Bauern und Bäuerinnen 30 Prozent der Direktzahlungen nur dann, wenn sie auf ihren Flächen ökologische Mindeststandards bei der Anbaudiversifizierung, dem Erhalt von Dauergrünland und der Bereitstellung ökologischer Vorrangflächen (ÖVF) zum Schutz der biologischen Vielfalt erfüllen.

Ökologische Komponente Leguminose

Während des Agrarreformprozesses wurde diskutiert, die Leguminosen im Rahmen der Anbaudiversifizierung als festen Bestandteil der Fruchtartenvielfalt auf der gesamten Ackerfläche eines Betriebes vorzuschreiben. Die AbL sowie andere Verbände und Organisationen forderten einen Anteil von 20 Prozent. Die europäische Einigung von Kommission, Parlament und Rat sieht jedoch nur vor, dass Betriebe ab zehn Hektar Acker mindestens zwei Kulturen anbauen sollen, von denen eine maximal 75 Prozent der Fläche einnehmen darf. Betriebe ab 30 Hektar Acker müssen mindestens drei Kulturen vorweisen, von denen eine ebenfalls maximal 75 Prozent und zwei Hauptkulturen zusammen maximal 95 Prozent der Fläche ausmachen dürfen. Betriebe mit mehr als 75 Prozent Grünland sind von der Regelung freigestellt. Die Chance, die noch bleibt, um den Leguminosenanbau mit Hilfe der GAP gezielt zu fördern, liegt bei den ÖVF: Betriebe ab 15 Hektar Ackerland müssen einen Anteil von fünf Prozent zur Flächennutzung im Umweltinteresse ausweisen. Die Liste der zur Verfügung stehenden Maßnahmen umfasst u.a. brachliegende Flächen und Landschaftselemente, wie Hecken, Bäume, Feldrandstreifen und Teiche. Als Möglichkeit der produktiven Nutzung ist der Anbau von Zwischenfrüchten und stickstoffbindenden Pflanzen enthalten. Die Mitgliedsstaaten können auswählen, welche der Maßnahmen sie anbieten, müssen aber ökologisch gewichten, wenn sie die produktive Nutzung mit einbeziehen. Die Kriterien für die konkrete Ausprägung sowie die Faktoren zur Gewichtung legt die EU Kommission fest. Deren erster Entwurf sorgte durch verschärfende Auflagen und wenig differenzierte Wichtungsfaktoren für Aufruhr: Demnach sollen z.B. Leguminosen nur mit eingeschränktem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und ohne Dünger angebaut werden. Für Zwischenfrüchte wurde die Aussaat von Gemengen vorgeschrieben. Beide Maßnahmen wurden mit dem Faktor 0,3 bewertet. Das heißt, um einen Hektar ÖVF nachweisen zu können, müssten 3,33 Hektar Leguminosen bzw. Zwischenfrüchte angebaut werden. Auf dem Leguminosentag bescheinigte Dr. Harald Lopotz, leitender Betriebswirtschaftler bei der Landwirtschaftskammer NRW, dem Anbau von Hülsenfrüchten im Rahmen der ÖVF eine erhöhte Rentabilität. Denn gegenüber marktdominanten Kulturen wie Getreide

könnten die Leguminosen den Bonus der Greeningzahlung für sich verbuchen. Allerdings führte Lopotz aus, dass dieser Bonus verglichen mit günstiger umsetzbaren Maßnahmen, wie einer Brache oder dem Zwischenfruchtanbau, geringer ausfällt. Durch eine stärkere ökologische Gewichtung könnte die relative Vorzüglichkeit des Leguminosenanbaus erhöht werden. Dies widerspricht zunächst dem Ziel einer Ausweitung der Anbaufläche. Denn bei einem sowohl auf dem Leguminosentag als auch im Bundeslandwirtschaftsministerium favorisierten Faktor 0,5 würden zwei Hektar angebaute Hülsenfrüchte reichen um ein Hektar ÖVF zu erbringen. Eine andere Möglichkeit liegt in der Reduzierung der Gewichtung anderer Maßnahmen, die, wie der Erhalt von Feldrandstreifen, sehr leicht zu erfüllen sind und zwar einen positiven ökologischen Wert, aber nur wenig oder gar keinen Zugewinn an ökologisch wertvoller Fläche im Vergleich zum aktuellen Stand verbuchen können.

Greening ohne Pestizide?

Beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Leguminosenanbau auf den ÖVF scheiden sich die Geister: 23 EU-Staaten sprechen sich gegen jegliche Einschränkung aus. Umwelt- und Ökoverbände fordern ein Verbot, weil Pestizide nicht vereinbar seien mit dem Ziel, Artenvielfalt zu schützen. Auch die fünf grünen Landesagrarminister Deutschlands sprechen sich gegen deren Einsatz auf ÖVF aus. Agrarkommissar Dacian Cioloș soll sich aktuell gegen ein grundsätzliches Verbot ausgesprochen haben und bekräftigt so die Formulierung des Kommissionsvorschlags. Es dürfte klar sein, dass es für konventionell wirtschaftende Betriebe ein doppelt schwerer Schritt ist, sowohl in den Anbau einer „neuen“ Kultur einzusteigen als auch auf die gewohnten chemischen Hilfsmittel zu verzichten. Für Experimentierfreudige könnte die begrenzte ÖVF jedoch zum Ausprobieren und Erfahrungen sammeln dienen. Ansonsten bleibt abzuwägen, ob es die vielfältigen Ökosystemleistungen der Hülsenfrüchte wert sind, Kompromisse einzugehen. Jürgen Recknagel vom Sojafördering kann sich z.B. eine Beschränkung auf den Einsatz von Herbiziden außer zur Vorerntebehandlung vorstellen. Denkbar wäre auch eine schrittweise Reduzierungsstrategie für Pflanzenschutzmittel in den für ÖVF zugelassenen Kulturen oder differenzierte Gewichtungsfaktoren. Voraussetzung bleibt der politische Wille der Bundesregierung, die eigene nationale Eiweißpflanzenstrategie und gesellschaftliche Anliegen ernst zu nehmen und stimmige Wege zu gestalten. Es geht um eine Chance für die Leguminosen, sich vor Ort auf den Betrieben um einen Platz in der Fruchtfolge zu bewerben, ihre Vorzüge zu präsentieren und diese durch langfristige Weiterentwicklung auszubauen. *cw*

Flughafer-Herbizid-Resistenz

Nach den Resistenzen der Schadgräser Ackerfuchschwanz und Windhalm gegen Herbizide gibt es jetzt auch erste Resistenzen beim Flughafer. Diesen findet man vor allem in Sommergerste und Rüben, bei lückigen Beständen aber auch in Winterweizen. Auch beim weitverbreiteten „Weißen Gänsefuß“ (Melde) wirken bestimmte Herbizide (Triazine, Triazinone) nicht mehr richtig. *en*



Dahlmann (links) beim Erfahrungsaustausch zu Ackerbohnen

Foto: Engelbrecht

Mit Ausdauer und einem Ziel erreicht man viel

Milchbauer Walter Kessler aus Québec über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada

Unabhängige Bauernstimme: Welche Auswirkungen hat CETA, das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, auf die kanadischen Milchbauern? Ist Ihr System der Angebotssteuerung in Gefahr?

Walter Kessler: Wir werden aufgrund des Abkommens ab 2015 zwei Prozent weniger Quote haben. Aktuell werden jährlich 20.000 Tonnen Käse nach Kanada eingeführt, zukünftig werden es 17.000 Tonnen mehr sein. Doch das ist alles. Unser System wird nicht angetastet. 95 Prozent der Milchzeuger und etwa 80 Prozent der Verbraucher stehen hinter uns. Da brauchen wir uns keine Sorgen zu machen.

Das heißt die Stimmung unter den Milchzeugern ist gut?

Ja, auf jeden Fall. Ich war letzte Woche bei der Delegiertenversammlung der Milchbauern von Québec, dem französisch sprachigen Teil Kanadas. Es gab zwar einige Milchbauern, die fanden, dass die Regierung ihr Versprechen, die Milchzeuger würden von dem Freihandelsabkommen gar nicht betroffen sein, nicht gehalten hätten. Doch mit zwei Prozent weniger Quote sind die Auswirkungen wirklich sehr gering. Es hätte viel schlimmer kommen können.

Gibt es eine Entschädigung für die zwei Prozent weniger Milch?

Nein, für uns Milchzeuger gibt es keinen Ausgleich. Aber in Québec haben wir als Milchzeugerverband (Producteurs de lait du Québec) bei der Regierung angefragt, eine Kompensation für die Käseverarbeiter einzurichten. Denn die sind schon von den sinkenden Absatzmöglichkeiten betroffen. Die meisten von ihnen verarbeiten weniger als 1.000 Liter Milch am Tag. Da lassen sich sinkende Verkaufszahlen schwerer verkraften.

Wie ist der aktuelle Erzeuger-Milchpreis in Kanada?

Er beträgt 76 kanadische Cents, das entspricht 52 Eurocents. Doch das sagt nichts aus, denn die Wechselkurse schwanken ja ständig, und sowohl Produktionskosten als auch Lebenshaltungskosten sind in Kanada anders als in den Ländern der EU. Entscheidend ist doch die Preisentwicklung der letzten Jahre. Seit 17 Jahren ist der Milchpreis in Kanada nie rückläufig gewesen. In 2012 ist er konstant geblieben, in 2013 um einen Cent gestiegen. Und das braucht es auch, da unsere Produktionskosten beständig steigen. Doch es ist ein ständiges Verhandeln mit der Milchindustrie. Sie findet aktuell, dass die Milchzeuger den Absatz von fettfreien Feststoffen, die übrig bleiben, finanziell mittragen sollen. Doch wir verkaufen unsere Milch; was die

Milchindustrie dann daraus macht ist ihre Sache. Und es ist ihre Aufgabe zu schauen, wie sie die Vermarktung hinkriegen.

Was sind Ihre nächsten Schritte als kanadischer Milchzeugerverband?

Wir haben schon die Freihandelsgespräche der Regierung mit Neuseeland und Australien im Blick. Diese Länder werden weit mehr als die EU darauf pochen, den Handel mit Agrarprodukten zu liberalisieren, da ihr Export vor allem aus solchen besteht. Wir haben unserer Regierung deutlich gemacht, diese zwei Prozent mehr Einfuhr sind in Ordnung, aber dass wir es sicher nicht akzeptieren, wenn jetzt noch einmal fünf Prozent aus Australien und Neuseeland dazu kommen. Das schwierige an diesen internationalen Freihandelsabkommen ist immer, dass sie hinter verschlossenen Türen stattfinden und wir nicht direkt mit am Tisch sitzen.

Wie nehmen Sie dann Einfluss auf die Politik?

Ein wichtiges Element sind unsere Parlamentarier-Besuche. Wir versuchen jedes Jahr zweimal mit jedem politischen Abgeordneten zu sprechen. Für mindestens eine halbe Stunde suchen wir sie auf und nehmen ordnervoll Informationen über das System der Milchmengen-Steuerung mit. Diese Treffen sind sehr wichtig, denn viele kennen das System nicht richtig und haben dann richtige Aha-Erlebnisse. Und zu diesen Gesprächen gehen nicht unsere Mitarbeiter sondern wir Bauern selber. Jeder zu den Abgeordneten aus seiner Region. Das heißt, die Parlamentarier werden von ihren eigenen Leuten besucht, also den Leuten, die sie auch wählen sollen.

Sie waren gestern (5.12.2013) bei einer Versammlung Schweizerischer Milchbauern. Was war Ihr Eindruck?

Die Stimmung in der BIG-M-Versammlung war gut. Und ich glaube, dass die Bauern, die anwesend waren, auch für ihre Sache eintreten werden. Doch ich habe in meinen Gesprächen hier in der Schweiz auch Resignation gehört. Und das verstehe ich nicht. Denn man kann immer etwas erreichen. Man muss einfach ein klares Ziel haben und Vertrauen, und all seine Schritte und Entscheidungen auf dieses Ziel hin ausrichten. Und dann geht vielleicht auch wieder eine Tür auf, die vorher fest verschlossen war.

Die Bauern hier sollten also mehr Mut haben?

Ich will gar keine Ratschläge geben. Das ist sicher nicht meine Aufgabe. Aber unsere Erfahrung in Kanada ist, dass die Eignigkeit der Bauern untereinander das ent-



Walter Kessler, links im Bild, neben einem Milchzeuger-Kollegen und dessen landwirtschaftsbegeisterten Sohn
Foto: Korpeter

scheidende ist. Man muss der Politik gegenüber gemeinsam auftreten. Ist man zersplittert, dann entwickelt man keine Kraft. Die 38 Produzentenorganisationen in der Schweiz, aber auch die vielen verschiedenen Gruppierungen in den Ländern der EU, sind deshalb aus meiner Sicht ein Problem. Doch geeint kann man viel bewegen. Uns hat man schon vor Jahren gesagt, dass wir unser System nicht werden halten können. Doch wir konnten uns immer entsprechend anpassen und bestehen auch unter der WTO heute weiter. Uns gibt es immer noch. Die kommenden Freihandelsabkommen werden wir ebenso handeln können, wenn wir weiter zusammenhalten.

Vielen Dank für das Gespräch!

Sonja Korpeter

Betriebsporträt:

Milchviehbetrieb 60 km südlich von Montréal in Québec
200 ha Land
90 Milchkühe
2 Melkroboter, Boxenlaufstall
85 kg Butterfett-Quote, ca. 600.000 l Milch

Hintergrund:

EU-Kommissions-Präsident José Manuel Barroso und der kanadische Premierminister Stephen Harper haben am mitte Oktober eine politische Vereinbarung über die Schlüsselemente des Wirtschafts- und Handelsabkommens (Comprehensive Economic and Trade Agreement, Ceta) zwischen der EU und Kanada erzielt. Vor der Inkraftsetzung muss das Abkommen auf beiden Seiten politisch noch gebilligt werden, was in der EU das Einverständnis der Mitgliedstaaten und des EU-Parlaments erfordert.

99 Prozent aller Zölle werden völlig eliminiert, zum größten Teil bereits mit Inkraftsetzung des Ceta. Doch es gibt Ausnahmen, die vor allem Agrarprodukte und verarbeitete landwirtschaftliche Produkte betreffen, die für die eine oder andere Seite politisch besonders heikel sind. Die Einfuhr von europäischem Käse nach Kanada sowie der Import von kanadischem Rindfleisch, Schweinefleisch und Mais in die EU werden nur schrittweise über die Gewährung von Zollkontingenten für bestimmte Mengen liberalisiert.

Bundesverdienstkreuze für engagierte Frauen

Für ihr „vorbildliches Engagement“ in Sachen bäuerlicher Landwirtschaft, ökologischem Landbau und artgerechter Tierhaltung, für ihre Initiativen zum Erhalt des regionalen Schlachthofs in Überlingen und zur Gründung der ersten gentechnikfreien Region im Land Baden-Württemberg hat die langjährige Landesvorsitzende der ABL und Bäuerin Anneliese Schmech nun das Bundesverdienstkreuz erhalten. Ministerpräsident Winfried Kretschmann überreichte es ihr bei einem Festakt und würdigte ihr Herzblut und ihre Courage. Auch im Nachbarland Bayern wurde eine engagierte Frau mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Elsbeth Seiltz, Gründerin und langjährige Vorsitzende der Solidargemeinschaft „Brucker Land“ hat sich „bleibende Verdienste um die nachhaltige Regionalentwicklung und die Stärkung des ländlichen Raums erworben“, so Laudator Landwirtschaftsminister Helmut Brunner. Herzlichen Glückwunsch! **cs**

Löwenstein kritisiert Schneiders Bio-bashing

Auf seiner Homepage hatte der Präsident des hessischen Bauernverbandes Friedhelm Schneider seine geringschätzende Meinung zum Ökolandbau dargestellt. Inzwischen wurden die entsprechenden Seiten entfernt. Offenbar aufgrund verschiedentlich geäußerter Kritik. Einen kritischen offenen Brief bekam Schneider vom hessischen Biobauern und Vorsitzenden des Bundesverbands ökologische Lebensmittelwirtschaft BÖLW, Felix Prinz Löwenstein. Dieser widerlegt die zum Teil absurden Behauptungen Schneiders im Detail mit wissenschaftlichen Untersuchungsergebnissen und ruft seine Berufskollegen auf, es ihm gleich zu tun und nun aus dem hessischen Bauernverband auszutreten, indem er immer noch aus „Verbundenheit mit den Berufskollegen und Nachbarn – egal wie sie produzieren“ Mitglied war. Löwenstein schreibt: Meine Gegenposition zu Herrn Schneider ist nicht die, zu behaupten, Biobauern seien die besseren Menschen – oder Landwirte – als ihre konventionellen Kollegen. Ich habe großen Respekt vor meinen konventionellen Nachbarn, mit denen ich intensiv zusammenarbeite. Es geht hier nicht um moralische Kategorien. Es geht um die Frage: welchen Weg müssen wir nehmen, damit unsere Landwirtschaft zukunftsfähig wird, damit die Generationen nach uns auf Dauer dieselben Ressourcen vorfinden und nutzen können, wie wir das tun. Unter diesem Blickwinkel führt eine zunehmend industrieller werdende Landwirtschaft ins Aus. Auch der Ökolandbau ist weit davon entfernt, alle Probleme endgültig gelöst zu haben. An vielen Stellen kann man uns deshalb zu Recht kritisieren. Wir verstehen das, was wir tun, nicht als fertigen Zustand, sondern als Weg. Und dass dieser Weg in die richtige Richtung geht, das zeigen die vielen Studien, die Herr Schneider nicht wahrhaben will.“ **cs**

Richtige Konsequenzen ziehen

Wieder einmal sorgen heimlich gefilmte Aufnahmen einer Tierrechtsorganisation aus verschiedenen agrarindustriellen Schweinehaltungsanlagen in Niedersachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern für medialen Aufruhr. Zum einen geht es um unhaltbare Zustände in Sauenhaltungsbetrieben, die offenbar trotz der 12-jährigen Übergangsfrist immer noch viel zu umfänglich Tiere in Kastenständen fixieren und damit nicht nur eine nicht artgerechte Tierhaltung praktizieren, sondern sich auch noch durch den Einsatz inzwischen illegaler Haltungsmethoden einen Rationalisierungsvorteil gegenüber rechtmäßig handelnden Sauenhaltern verschaffen. Zum anderen wurden in mehreren zum agrarindustriellen Straathof-Komplex gehörenden Betrieben Mitarbeiter dabei gefilmt, wie sie kleine Ferkel an Buchtenwänden totschlagen. Offensichtlich handelt es sich dabei nicht ausschließlich um nicht überlebenschfähige Tiere, sondern schlicht um überzählige, kleine, deren Aufzucht zu unsicher und aufwändig wäre. Missstände, wie die gezeigten, sind sicher nicht zwangsläufig mit großen Strukturen verbunden, sie treten aber eher dort auf, wo vor lauter Masse kaum noch das einzelne Tier eine Rolle spielt. Leider diskreditieren solche Bilder auch jeden, der seine Tiere ordentlich hält. Auch deshalb fordert die ABL eine Abkehr von der agrarindustriellen Massentierhaltung zugunsten bäuerlicher Landwirtschaft in Tierhaltungsgesetzgebung, Baurecht und Förderpolitik. **cs**

Kurzes am Rande

Dargelütz ohne Schweinefabrik

Bericht über eine Bürgerinitiative vom Lande

Der Dorfclub ist leicht zu finden, denn es gibt nur vier Straßen in Dargelütz. Dargelütz? Liegt nördlich von Parchim. Parchim? In Mecklenburg, zwischen Hamburg und Berlin. Jutta hat den Dorfclub eingeeizt, ein DDR-Flachbau ohne Isolierung und mit Furcht einflößenden Gardinen. Wer am Bollerofen sitzt schwitzt, drei Meter weiter behält man die Winterjacke besser an. Die Bürgerinitiative (BI) ist dankbar, den Raum nutzen zu können. Er ist gut gefüllt, das Durchschnittsalter deutlich über 50. Eine Versammlung dunkeldeutscher Landeier? Ja: selbstbewusste, wehrhafte und kreative Landeier. Günter eröffnet die Sitzung, Heinz berichtet über die Finanzlage, Maik erläutert die näch-

natürlich hartnäckige Beteiligung in den offiziellen Gremien und Verfahren. Planungsgrundlage für die Schweinemastanlage bildet ein von den Stadtvertretern Parchims beschlossener Bebauungsplan. Die BI hat im Dezember 2013 erwirken können, dass dieser B-Plan im März 2014 neu diskutiert werden muss. Zudem halten über 200 Einwendungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach BImSchV das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt (StALU) in Schwerin beschäftigt. Die BI spielt auf Zeit und strebt dabei den oben zitierten traditionell mecklenburgischen Zeithorizont von 50 Jahren an. Erstmals kamen die Pläne für die Anlage in Dargelütz 1998 auf den Tisch. 16 Jahre



Ein Dorf im Widerstand - kreativ, kämpferisch, gemeinsam

Fotos: Dott

sten Aktionen gegen die geplante riesige Schweinemastanlage und Marina gibt einen Überblick über das Presseecho. Die Landeier entpuppen sich als Kampagner, Aktionslogistiker, Pressesprecher, Fotografen, Webdesigner, Social Media Manager und Fundraiser. Der Grund für ihren Widerstand: Auf 12 ha sind in Dargelütz eine Zucht- und Mastanlage für über 15.500 Schweine und eine Biogasanlage geplant. Antragsteller ist der holländische Großinvestor van den Heuvel. Die Argumente für den Protest sind so alt wie berechtigt. Massentierhaltung ist Tierquälerei, verdrängt bäuerliche Betriebe und ist schädlich für Umwelt und Tourismus. Die Anwohner befürchten zudem Geruchs- und Verkehrsbelästigungen sowie zunehmende Keim- und Nitrat-Belastungen.

Die Mittel des Widerstands: Gespräche, Briefe, Petitionen, Demonstrationen, Aktionen, prominente Unterstützer, Projektionen, Fotokunst, Facebook, Twitter und

Verzögerung sind also schon geschafft. Bis 2048 - so die Hoffnung der BI - ist industrielle Massentierhaltung in Europa Vergangenheit, die Agrarwende ist in Deutschland Wirklichkeit geworden, Mecklenburg ist mit bäuerlichen Wirtschaftsstrukturen eine attraktive Urlaubsregion geblieben und in Dargelütz steht keine Schweinefabrik.

Dörte Kemper

Mehr Infos und Fotos unter:
www.bi-dargeluetz.blogspot.de



Rosa Kreuze lassen Widerstand sichtbar werden

Betriebsspiegel:

15 ha Acker (Getreide, Futterbau, Feldgemüse, Kartoffeln)
45 ha Grünland
30 Milchkühe plus Nachzucht

Käserei
Backstube
Hofladen

Die meisten werden das kennen, abends nach getaner Arbeit setzt man sich an den Computer und liest erst mal nach, was sich in der großen weiten (agrarpolitischen) Welt jenseits der Hofeinfahrt so getan hat. Manchmal schaffe ich es gar nicht, alle E-Mails und Nachrichten zu lesen, geschweige denn bei den jeweiligen The-

men aktiv zu werden. Oder ich sehe, welche Termine ich mal wieder nicht geschafft habe wahrzunehmen, und die „Zu Erledigen-Liste“ wird auch eher länger als kürzer. Dann kommt bei mir öfter mal Unzufriedenheit auf und auch ein schlechtes Gewissen, denn es gibt verdammt viele Themenfelder, die wichtig sind und es zu beackern gilt. Und die Menschen, die da draußen Aktionen und Veranstaltungen machen, können jede Unterstützung gebrauchen und sind auf Mithilfe angewiesen. Auf der anderen Seite, rufe ich mir dann ins Gedächtnis, sind auch die all-

täglichen Dinge auf dem Hof ein Teil der agrarpolitischen Arbeit. Sowohl die Betreuung der Schulkasse bei der Hofführung, der Austausch mit dem Nachbarn aus dem Dorf oder das Gespräch mit einem interessierten Kunden im Hofladen sind alles kleine Steine im großen Mosaik unserer politischen Arbeit! Und auch diese müssen wir zu schätzen wissen und vor allem auch für uns selber als wichtig anerkennen. Aus diesem Grund fühle ich mich bei der AbL auch so wohl. Denn da ist es nicht schlimm, wenn man mal eine Zeit lang nicht so viel mitmischen kann, aus wel-

chen Gründen auch immer. Hauptsache ist, man bringt sich so ein wie es möglich ist. Und die kleinen Schritte zählen genau so viel wie die großen, denn die Summe ist am Ende entscheidend, nicht wer wie viel geleistet hat. Die Vielfalt, das ist ja auch nichts Neues, macht die Stärke einer jeden Gemeinschaft aus, das gilt bei uns genauso und darauf können wir auch stolz sein!

Natürlich, es gibt immer noch diese und jene Sache, die angegangen werden muss, dem werden wir auch in Zukunft nicht entkommen. Aber wir müssen auch lernen, zwischendurch mal kurz innezuhalten, einen Schritt zurückzutreten und erkennen, was wir alles schon erreicht haben. Denn nur so können wir immer wieder Kraft tanken und mit dem, was wir leisten auch zufrieden sein. Um dann anschließend die immer neuen Herausforderungen mit frischer Energie meistern zu können. Und das werden wir, davon bin ich überzeugt!

Sicher wird nicht alles am Ende so laufen, wir wir uns das wünschen, und manchmal scheint die Zukunft all zu düster, dass man schier verzweifeln möchte. Aber so lange es Hoffnung gibt und man Verbündete findet, die mit streiten, hat man eine Chance etwas zum Guten zu verändern. Also, kurz mal Luft holen und dann packen wir es wieder an!

Christian Bayer, Unterlengenhardt

Landwirtschaft und Politik?

Mein Freund - der Förster - wohnt nur ca. vier km von mir entfernt, am Rande seines Reviers. Jeden Montagabend darf ich Gast in seiner mit einem Holzofen immer gut beheizten Sauna sein. Der Weg zu diesem sehr entspannenden Wochenanfangstermin führt mich regelmäßig über einen Feldweg durch unsere schöne, bäuerlich geprägte, lauenburgische Knicklandschaft im Süden Schleswig-Holsteins. Zunächst vorbei an den intensiv bewirtschafteten Äckern, die auch schon mal häufiger jahreszeitenunabhängig ihre Farbe innerhalb weniger Tage von einem sattem Grün in ein totes Rostbraun wechseln. Die Glyphosat-Killer-Dusche macht es möglich.

Die Felder auf den letzten 800 Metern vor dem Forsthaus weisen nie diesen rostbraunen Farbton auf. Hier bewirtschaftet Franz vom Storchenhof seine Flächen des Demeterbetriebes. Seine Angusherde und die „Schleswiger-Kaltblüter“ strahlen die gleiche Gelassenheit aus wie Franz selbst.

Es ist ein schöner Augustabend, als ich Franz mit seinem Sohn Franzini wieder einmal auf dem Weg zum Saunaabend begegne. Super Gelegenheit „um mal wedder een betten plattdütisch to schnacken“ - also angehalten und ausgestiegen.

Wir kommen schnell ins Gespräch und sind wie immer sehr bald bei landwirtschaftlichen Themen. Vor uns auf dem Feld wiegt sich sein in der Abendsonne gold glänzender Hafer im seichten Wind. Franz erzählt, wie er sich mit diesem Acker an dem Projekt „1.000 Äcker für die Feldlerche“ beteiligt und Feldlerchenfenster eingerichtet hat. Feldlerchenfenster sind etwa 20 Quadratmeter Lücken im Getreidebestand,



welche durch das Aussetzen der Drillmaschine bei der Einsaat entstehen. Die Feldlerchen lieben diese sonnigen Standorte im Acker. Der Biologe, der dieses Projekt begleitet und ausgewertet hat, bescheinigte ihm einen der höchsten Besätze des gesamten Projektes in Schleswig-Holstein. Das konnte ich nachvollziehen, da ich von März bis Anfang Juni auch regelmäßig den wundervollen Gesang der in den Himmel steigenden Feldlerchen auf seinem Acker vom Wegesrand aus genießen konnte. Auf den konventionell bewirtschafteten Flächen im Umkreis aber leider immer weniger.

Dann kam das Gespräch wieder auf die bevorstehende Ernte. „Der sieht ja sehr gut aus“, meinte ich mit einem Blick über die wogenden Haferrispen. „Das hat der Einkäufer des Getreideverarbeiters heute Mittag auch gesagt“, entgegnete Franz erfreut, „er hat mir gleich

die ganze Ernte abgekauft.“ „Das ist ja ein Ding“, entfuhr es mir, „der mixt doch mein morgendliches Hafermüsli. Dann bekomme ich demnächst Deinen Hafer in mein Müsli - toll!“

„Nur ich muss ihn noch trocken nach Hause bringen, mir fehlt noch ein Ersatzteil für meinen historischen - noch vom Traktor gezogenen - Mähdrösch“, meinte Franz daraufhin.

So fieberte ich in den nächsten zwei Wochen mit um die Haferente, in der Hoffnung auf diesen Hafer in meinem Müsli. Und als es dann vollbracht war und der Hafer trocken ausgeliefert, freuten sich Franz und ich gleichermaßen. Jetzt - im Winter - fällt jeden Morgen das Hafermüsli in meinen Teller und ich sehe vor meinem (geistigen) Auge, wie sich die Lerche über dem Acker langsam in den Himmel schraubt und dabei unaufhörlich ihren wunderschönen Gesang erklingen lässt. Mehr

geht nicht - Lerchengesang beim Frühstück - und das mitten im Winter.

Andreas Koop, Kollow

Betriebsspiegel:

15 ha Wiesen/Weiden (unter Vertragsnaturschutz) als Nebenerwerbslandwirt und 10 ha Wald im Süden Schleswig-Holsteins - Herzogtum Lauenburg - durchschnittlich 48 BP
2 Pferde, 10 Hühner, 2 Hähne, 2 Ziegen, 2 Katzen
Kooperation mit der Rindergilde Geesthacht e. V. (www.rindergilde-geesthacht.de) und dem Demeterbetrieb Erdmannshof (www.erdmannshof.de)

Wenn die Lerche im Winter singt...

„In der Debatte noch mehr Druck aufbauen“

Der Präsident des deutschen Tierschutzbundes Thomas Schröder zu Tierschutzlabel, Brancheninitiative und Neuland

Neue politische Zuständigkeiten

Der Jurist und Volkswirtschaftler Hans-Peter Friedrich (CSU) ist neuer Chef im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Sein Parteikollege und bisheriger parlamentarischer Staatssekretär Gerd Müller (CSU) ist Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geworden. Für Verbraucherbelange ist neuerdings der Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz Heiko Maas (SPD) verantwortlich. Zu seiner Unterstützung steht ihm der bisherige Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (VZBV) Gerd Billen als Staatssekretär zur Seite. Das Umweltres-

Unabhängige Bauernstimme: Vor fast genau einem Jahr haben Sie das neue Tierschutzlabel der Öffentlichkeit vorgestellt, Zeit für eine Zwischenbilanz...

Thomas Schröder: Die fällt grundsätzlich positiv aus. Das Tierschutzlabel ist eine Kaufalternative für die, die bisher nicht auf Fleisch verzichten wollen, es ist kein Kaufanreiz. Diese Botschaft gilt es immer wieder und noch deutlicher zu nennen als bisher. Und klar ist auch: das Label auf der Einstiegsstufe ist aus Tierschutzsicht nicht zufriedenstellend, aber schon mit deutlichen Verbesserungen für die Tiere verbunden. Es ist derzeit alternativlos als Einstiegsmöglichkeit für Bauern. Wir sind auf einem guten Weg, aber noch nicht da, wo wir hin wollen. Ich glaube, dass die Debatte um Tierwohl auf politischer Ebene so viel an Fahrt aufgenommen hat, ist auch ein Erfolg des Labels. Auch der Umstand, dass im Koalitionsvertrag eine Absichtserklärung im Hinblick auf eine Bun-

Bauernverband eine Initiative Tierwohl vor, die ganz ohne Verbraucherkennzeichnung auskommen soll

Erst einmal ist die Brancheninitiative Tierwohl auch die Anerkennung, dass in der Tierhaltung etwas schief läuft. Getreu dem Motto: Wer nach Lösungen sucht, hat Probleme. Es hat aber den Anschein, dass die Initiative darauf angelegt ist, den Gesetzgeber zu besänftigen, so nach dem Motto „Wir tun was, neue Gesetze sind nicht nötig“ und schlicht endlich Ruhe im Laden zu haben. Diese Tierwohlinitiative bringt, z.B. im Schweinebereich, kaum Tierschutzfortschritte und schafft für den Verbraucher Intransparenz. Damit werden alle Labelbemühungen unter Druck gesetzt, auch die Geschwindigkeit des Tierschutzlabels abgebremst. Dabei ist meine Überzeugung, dass eine wirklich gute Branchenlösung mit Labels vereinbar sein kann. Aber diese vorgestellte Initiative hat eine Methodik, die nicht funktioniert, und es fehlt das Ziel, dass die Branche dabei anpeilt. Wir teilen aber die Meinung, dass der Landwirt, der mehr Tierschutz macht, dafür auch finanziellen Ausgleich bekommen muss.

Der Tierschutzbund könnte zur Verbesserung beitragen, wenn er sich in der Initiative engagiert...

Wir waren im Boot und sind ausgestiegen, weil in der Summe kaum mehr Tierschutz erkennbar wird, der Verbraucher nicht mitgenommen wird und grundsätzliche Änderungen nicht durchsetzbar waren. So, wie die Brancheninitiative jetzt angelegt ist, dient sie weder dem Fleischkäufer, der bereit ist für mehr Tierschutz im Stall mehr zu bezahlen noch hilft sie den Tieren. Im „Basispaket für Schweine“ stehen eher Selbstverständlichkeiten, mit den Wahlkriterien wird verpasst, klare Prioritäten zu setzen. Das heißt unter Umständen werden im Stall Veränderungen vorgenommen, die im Hinblick auf das Tierwohl kaum ins Gewicht fallen oder bei dem Zusammenwirken von Wahlkriterien langfristig eher schädlich für ein nachhaltiges Mehr an Tierwohl im Stall sind. Bei Geflügel bleiben die Kriterien ebenso weit hinter Tierschutz zurück. Die Wissenschaft wurde nur ungenügend beteiligt, teils probiert man einfach herum. Das ist fahrlässig.

Ein schon älteres Kind des Tierschutzbundes ist Neuland, was bedeutet das neuere Tierschutzlabel für Neuland?

Wir haben als Neulandträgerverband das Programm immer als Zielvorstellung vor Augen, quasi unsere Branchenlösung. Neuland ist immer mehr gewesen als nur ein Tierwohllabel. Durch die unterschiedlichen Trägerverbände sind auch immer andere Interessen, die bäuerlichen durch die AbL, die umweltrelevanten durch den

BUND, mitverfolgt worden. Ich glaube, dass das Tierschutzlabel Chancen eröffnet, aus einer Nische herauszukommen. Die strengen Kriterien der Premiumstufe. Wir lernen von Neuland und andere können dann auch von unserem Label lernen. Wir öffnen uns gegenseitig auch Türen.

Neuland hat immer mit Bestandsobergrenzen gearbeitet. Muss man beim Tierschutz auch die Struktur- und Größenfrage stellen?

Natürlich ist das tierschutzrelevant und strukturpolitisch kritisch! Das Dilemma ist, dass wir uns hier oft in einer gefühlten Debatte befinden, weil es – bezogen auf den Tierschutz – keine wissenschaftlich fundierten Fixpunkte gibt, ab wann Größe und Struktur schwierig sind. In der Werbung, an Einkaufsorten, auch auf Märkten finden Sie immer noch sehr idyllische Vorstellungen von Tierhaltung, die irreführend und mit der Realität kaum vereinbar ist. Wir müssen es schaffen, mit Indikatoren, wie Mitarbeiter pro Tierzahl, Tierhaltung und Flächenbindung, Umweltbelastungen, dörflichen Strukturen, Fixpunkte festzulegen. Da muss die Forschung noch genauer hinschauen, und dann können wir in der öffentlichen Debatte noch mehr Druck aufbauen. Ich glaube, wenn wir ausschließlich auf Größe setzen, sind wir ganz schnell im politischen Abseits, aber klar ist auch: Größe ist tierschutzrelevant.

Der Biobereich nimmt für sich gerne in Anspruch: Bio gleich Tierschutz, braucht es da ein Tierschutzlabel?

Wenn ich über Tierschutz im Stall spreche, lobe ich Neuland, dann mach ich erst einmal eine Pause. Klar halten die Bios ihre Tiere unendlich viel besser als die meisten anderen Betriebe. Aber sie haben sich über Jahre bestimmten Marktmechanismen unterworfen, die heute mehr denn je auch hinterfragt werden. Wenn Leute im Supermarkt bewusst mehr Geld für Fleisch ausgeben, dann tun sie das, weil sie mehr Tierschutz wollen. Das verbinden sie inzwischen nicht mehr nur zwangsläufig mit Bio. Daher sollten auch die Bios die Chancen eines Tierschutzlabels erkennen. Wir wollten uns bewusst mit der Premiumstufe des Tierschutzlabels auch den Bios öffnen, ihnen die Möglichkeit einer zusätzlichen Aufladung auch als Differenzierungsmöglichkeit gegenüber der konventionellen Ware geben und zugleich die Chance eröffnen, das Sortiment in der Breite zu ändern. Das Interesse der Bios ist aber bisher gering, das enttäuscht und verwundert zugleich. Das Label scheint Angst zu machen, Angst aber lähmt.

Vielen Dank für das Gespräch!

cs



Thomas Schröder (zweiter v. r.) demonstriert mit anderen Verbändevertretern für eine bessere Landwirtschaftspolitik
Foto: Jasper

sort leitet die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Barbara Hendricks (SPD) und hat sich mit Jochen Flasbarth, vorher Präsident des Umweltbundesamtes, ebenfalls einen bekannten Staatssekretär ausgesucht. Den Bereich Energie musste sie abtreten an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unter Leitung von Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD). cw

destierwohlinitiative formuliert ist - was immer dann daraus wird – spiegelt den Druck wieder, der gesellschaftlich auch durch uns und die beiden anderen Neulandträger aufgebaut wurde. Es geht hier um langfristige Veränderungen, weil Stallbauentscheidungen und damit auch Finanzierungen langfristige Projekte sind. Wenn uns also Leute anrufen und fragen: wie baue ich denn jetzt anders oder Stalleinrichter wissen wollen, was sie ändern sollen, so beginnt da was grundsätzlich Neues. An Vorhandenem kann man nur reparieren, auch weil die Bauern, die vor 10, 20 Jahren neu gebaut haben in finanziellen Zwängen stecken. Die bittere Note bleibt, dass damit der Weg zur Premiumstufe des Labels nicht selbstverständlich ist. Wir brauchen unterstützend andere Rahmenbedingungen in der Förderung und endlich die notwendige Einsicht, dass die EU-Agrarpolitik auf Prozessqualität ausgerichtet sein muss.

Nun stellen Handel, Fleischindustrie und

Weltmarkt ohne Nachfragezuwachs

In Deutschland wird die Schweineproduktion angekurbelt. Nur für wen?

Das die agrarpolitisch gesteuerte Exportorientierung in der Schweinebranche vorangepeitscht wird, ist nicht neu. Eben so wenig wie die Begründungen von interessierter Seite, dass der Weltmarkt dieses in Zukunft auffangen wird und jetzt nur der Anschluss nicht verpasst werden darf. Aber neu sind die nun aufgearbeiteten Fakten aus den Datenbanken der OECD und FAO. Die zeigen, dass laut Prognosen von 2012 bis 2020 die Nachfrage nach Schweinefleisch vor allem in Schwellenländern steigen wird, dazu gehören Russland, Japan oder China. Die fallen unter die zehn größten Importländer von Schweinefleisch. Dennoch wächst mit der Nachfrage auch die Produktion in den Schwellenländern und zwar nahezu parallel. Letzteres wird in der konservativen landwirtschaftlichen Debatte verschwiegen. Denn damit würde doch die Diskussion entfacht, wofür muss denn in Europa die Erzeugung von Schweinefleisch Jahr um Jahr noch gesteigert werden?

Produktionssteigerung

Im Jahr 2012 werden weltweit 295,5 Mio. Tonnen Fleisch produziert. Davon nimmt Schweinefleisch mit 111,73 Mio. Tonnen den größten Anteil ein, gefolgt von Geflügel, Rind (Büffel) und Schaf (Ziege). In der EU-27 wird ein Fünftel (23 Mio. Tonnen) der weltweiten Schweinefleischproduktion erzeugt. Innerhalb der EU-27 ist Deutschland mit 4,7 Mio. Tonnen im Jahr 2011 der größte Schweinefleischproduzent. Seine starke Stellung als Schweinefleischproduzent innerhalb der Europäischen Union hat Deutschland über die Jahre hinweg nicht nur behauptet, sondern mit einem Wachstum von 17 Prozent gegenüber dem Jahr 2000 sogar noch ausgebaut. Der Zuwachs in absoluten Zahlen mit 0,82 Mio. Tonnen (2011 zu 2000) liegt sogar über der Steigerung des Produktionsgewichtes in der gesamten Europäischen Union (Zuwachs um 0,74 Mio. Tonnen). Neben Deutschland



Dynamischer Schweinemarkt

Foto: Kunstzirkus/pixelio

kurbeln auch Spanien und die Niederlande die Produktion an. Die Produktionsmengen der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) hingegen gingen im Zuge des Beitritts, bedingt durch strukturelle Transformationsprozesse, zurück und erreichten nur selten ihr Vorbeitrittsniveau, wie Grafik 2 veranschaulicht. Hinsichtlich der Exportentwicklung fällt auf, dass in der EU von 2000 bis 2012 die Produktion von Schweinefleisch um sieben Prozent gestiegen ist, während die Nachfrage im selben Zeitraum um nur vier Prozent zugenommen hat. Dadurch schwellen die Überschüsse in der EU stetig an. Im Jahr 2012 liegt die Produktion um 2,1 Mio. Tonnen über dem Verbrauch. Die EU steigerte ihr Exportvolumen von 1,42 Mio. Tonnen im Jahr 2000 auf 2,08 Mio. Tonnen im Jahr 2012. In der EU ist Deutschland mit 637,57 Mio. Tonnen im Jahr 2011 der größte Exporteur von Schweinefleisch auf dem Weltmarkt. Der sogenannte Weltmarkt beträgt gerade mal sieben Prozent der weltweiten Erzeugung von Schweinefleisch. Diese Aussage soll nicht die Bedeutung des Weltmarktes schmälern, sondern die Relation verdeutlichen, dass trotz dieses mengenmäßig gerin-

gen Anteils sich in der Logik der Exportorientierung alles nach dem Weltmarkt ausgerichtet. Und dafür werden bäuerliche Strukturen in Entwicklungsländern und hier in Deutschland inklusive gesellschaftlicher Anliegen missachtet.

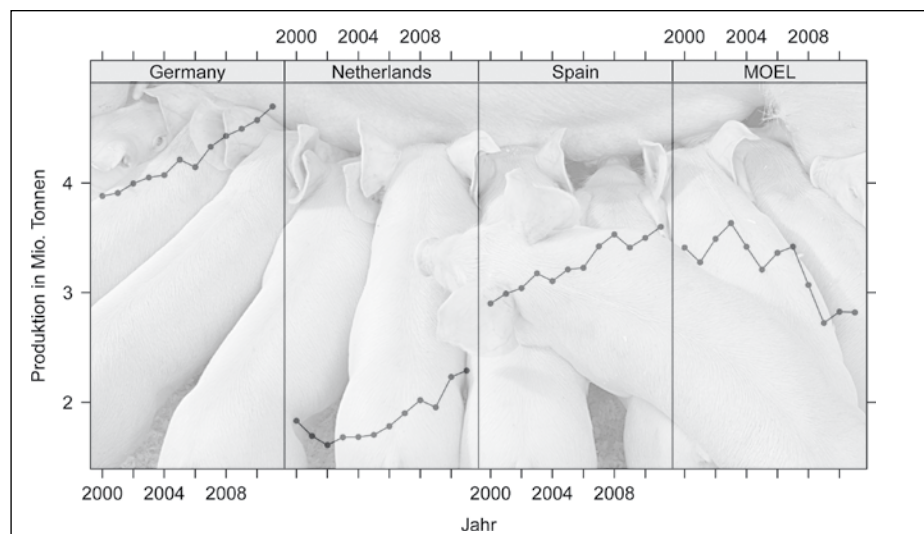
Preiskampf

Auf dem mengenmäßig und im Verhältnis zur Gesamtproduktion sehr kleinen Weltmarkt für Schweinefleisch findet eine Preisschlacht statt. In den größten Exportländern Kanada und USA wird Schweinefleisch zu weit geringeren Preisen erzeugt als in Europa. Die Schweineerzeuger in Ländern, die entweder über die Exportorientierung dem Weltmarkt zugeneigt sind oder ihre Märkte für Schweinefleischimporte im Zuge von WTO-Verhandlungen oder anderen bilateralen Handelsabkommen öffnen mussten, sind diesem Preiskampf ausgeliefert. Wie aus den vorhergehenden Daten deutlich wird, sind mengenmäßig keine Produktionslücken auf dem Weltmarkt zu erwarten. Das heißt im Umkehrschluss, dass steigende Exporte der europäischen Industrie vor allem durch niedrigere Preise erwirkt werden könnten. In den folgenden Ausgaben der Bauernstimme wird skizziert, wie sich die Betriebsstrukturen in Deutschland verändert haben und welche Bedeutung Entwicklungsländern bei den Exporten aus Deutschland und auch EU-weit zukommen.

Berit Thomsen

Hintergrund:

Die Daten stammen aus der neuen Studie: System billiges Schweinefleisch – Folgen der europäischen Exportindustrie für bäuerliche Strukturen in Deutschland und Bedeutung für Entwicklungsländer. Herausgeber der Studie ist die AbL. Unterstützer sind Brot für die Welt und Misereor.
www.abl-ev.de/themen/faierer-welthandel/materialien



Entwicklung der drei größten Produktionsländer von Schweinefleisch und der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) in der EU-27

Omira beendet Bio-Engagement

Die Ravensburger Großmolkerei Omira stellt zu nächsten Sommer ihre Produktion von Bioprodukten ein und hat deshalb den 120 an sie liefernden Biobauern gekündigt. Wie Lokalzeitungen berichten lohnte sich das Geschäft mit den Ökoprodukten offenbar nicht. Der Bio-Anteil bei der Omira macht 25 Millionen Kilogramm Milch aus und damit nur 2,5 Prozent des Gesamtgeschäfts. Dennoch seien die Verluste spürbar gewesen, so die Stellungnahme der Molkerei. Omira stellt beispielsweise Bio-Milch für Aldi her. Omira richtet sich derzeit neu aus. Im September 2013 stimmten die Gesellschafter Umbauplänen zu, durch die das Ravensburger Unternehmen wieder in schwarze Zahlen kommen will. Im vergangenen Jahr betrug die Verluste nach Angaben des Unternehmens 15,2 Millionen Euro. Neue Abnehmer für ihre Milch zur finden ist für die Biobetriebe offenbar in der Region nicht schwierig, Unmut gibt es aber unter den Bauern hinsichtlich des Umgangs mit den Geschäftsanteilen, die sie bei Omira zeichnen mussten und nun auch zum Ende des Liefervertrags zurückgeben wollen. Omira hingegen verweist darauf, dass nur zum Ende der Vertragslaufzeit für die Geschäftsanteilszeichnung zurückgegeben werden kann. pm

„Handlungsanweisungen konstruktiv umsetzen“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Miersch zu Licht und Schatten im Koalitionsvertrag

EUGH

verwirft Amflora

Der europäische Gerichtshof (EUGH) in Luxemburg hat Mitte Dezember die Anbauzulassung der gentechnisch veränderten Stärkekartoffel Amflora der BASF Plant Science für nichtig erklärt. Die Richter kamen zu dem Schluss, dass die EU-Kommission ihre Verfahrenspflichten in erheblichem Maße verletzt habe. Sie hätte versäumt, den zuständigen EU-Ausschüssen und dem Rat einen aktualisierten Zulassungstext zur Abstimmung vorzulegen. Die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) hatte 2009 ein früheres Gutachten auf Anfrage der Kommission überarbeitet. Diese konsolidierte Stellungnahme der EFSA weise gegenüber früheren Gutachten erhebliche Unterschiede auf und sei somit als inhaltliche Neubewertung anzusehen. Das Gericht geht davon aus, dass das Ergebnis hätte wesentlich anders ausfallen können, wenn die Kommission die Verfahrensvorschriften beachtet hätte. Nach Aussagen eines Sprechers prüft die Kommission derzeit, ob sie gegen das Urteil Widerspruch einlegt. Amflora ist 2010 nach einem 13-jährigen Zulassungsverfahren von der EU-Kommission zum Anbau zugelassen worden. Ungarn hatte 2010 gegen diese Zulassung geklagt und ist dabei von Frankreich, Luxemburg, Österreich und Polen, nicht aber von der damaligen Bundesregierung, unterstützt worden. Auch der Markt hat Amflora nicht angenommen, es gab erhebliche Kritik seitens der Bäuerinnen und Bauern sowie der Kartoffelstärke-Wirtschaft gegen die BASF-Kartoffel. 2012 stellte der Konzern die Vermarktung von Amflora ein. av

Unabhängige Bauernstimme: Der Koalitionsvertrag ist beschlossen in den die Landwirtschaft betreffenden Themen, was sind da die Erfolge und was die Kröten, die man schlucken muss?

Matthias Miersch: Es freut mich, dass Themen wie Saatgut und Biopatente zu denen ich in den letzten Jahren gearbeitet habe, im Koalitionsvertrag auftauchen. Vor allem auch in dem Sinne, in dem ich gekämpft habe. Konkreter gewünscht hätte ich mir den Bereich Tierhaltung. Hier hätte die gesellschaftliche Diskussion um Massentierhaltung, um das bisher übliche „immer höher immer weiter“, noch stärker aufgegriffen werden müssen.



Transparenz nicht nur symbolisch ist ein Ansinnen von Matthias Miersch

Foto: SPD

Aber es steht ja eine Bundestierwohlfensive drin und der Wille, die EU-Tierhaltungsgesetzgebung zu verschärfen.

Ja, das ist in der Tat der konkrete Handlungsauftrag, nicht nur die EU-Gesetzgebung zu verschärfen sondern dann das auch bei uns umzusetzen. Inzwischen haben alle, sogar der Bauernverband, erkannt, dass wir diese gesellschaftliche Bewegung für mehr Tierwohl im Stall nicht übergehen können.

Apropos nationale Umsetzung von EU-Gesetzgebung, warum gibt es im Koalitionsvertrag nur die dürre „zur Kenntnisnahme“ des Länderagrarministerbeschlusses zur GAP-Reform?

Am Anfang der Koalitionsverhandlungen, noch vor der Agrarministerkonferenz, haben wir in der Tat sehr kontrovers darüber debattiert, wie eine nationale GAP-Umsetzung aussehen könnte. Die SPD wollte ja immer eine deutliche Umschichtung von der ersten in die zweite Säule, die CDU war strikt dagegen. Dann gab es in der Verhandlungsrunde die Ansicht, man solle den Länderministern nicht in die Beine grätschen, als sich abzeichnete, dass es auf

der Konferenz eine Einigung zwischen CDU/CSU, SPD und Grünen geben soll. Das im Koalitionsvertrag nur noch drin steht, dass wir das Ergebnis dieser Einigung zur Kenntnis nehmen, hat auch damit zu tun, dass ich, aber auch andere Bundespolitiker nicht glücklich sind, mit dem was da als großer Konsens herausgekommen ist. Allein schon, weil es da eine Finanzierungslücke von 200 Mio. Euro gibt, die der Bund füllen soll, aber auch weil ich meine, dass noch nicht konsequent genug der notwendige und von Brüssel auch eigentlich angelegte Wechsel in der Ausrichtung der EU-Agrarpolitik von pauschaler Mittelvergabe hin zu qua-

ren, denn hier geht es um eine gesellschaftliche Debatte: Nämlich um die Frage, ob wir weiterhin Vielfalt auf dem Acker und auf dem Teller wollen, aber auch Vielfalt und Engagement in der Szene der Pflanzzüchter und Saatgutinitiativen.

Um den Erhalt von Vielfalt geht es auch bei der Biopatentierung im Koalitionsvertrag

Ja, diese Dimension von Ethik und Landwirtschaft war mir sehr wichtig. Bisher gab es ja immer die Haltung der schwarzgelben Bundesregierung mit dem Tenor: „wir befassen uns nicht mit den EU-Grundlagen der Biopatente“. Nun gibt es im Koalitionsvertrag die klare Handlungsanweisung: wir lehnen Klonen und Biopatente ab und das soll auch auf europäischer Ebene durchgesetzt werden, auch wenn das sicherlich eine Herkulesaufgabe ist, da es beispielsweise in Frankreich und Großbritannien ganz andere Auffassungen in den Reihen der politischen Vertreter gibt als bei uns.

Bei der Gentechnik ist die Haltung im Vertrag nicht so deutlich...

Der Abschnitt zur Gentechnik ist Licht und Schatten. Zum einen wird endlich politisch akzeptiert, dass ein Großteil der Menschen der Gentechnik kritisch gegenübersteht. Zum anderen hat es sich allerdings mit der CDU, anders als mit der CSU, nicht machen lassen, sich auf eine Ablehnung des Anbaus zu einigen. Da muss man jetzt im Parlamentsalltag weiter kämpfen, ich erhoffe mir da eine Flankierung durch eine mögliche Bundesratsinitiative, in dem die Umweltländerminister die Koexistenzregeln noch mal verschärfen. Durchgesetzt haben wir aber zwei SPD-Forderungen, das Engagement der neuen Bundesregierung in Brüssel für eine EU-Kennzeichnung für tierische Produkte und den Erhalt der Saatgut-Nulltoleranz.

Für die Kennzeichnungsregelung gab es sofort die Kritik einschlägiger landwirtschaftlicher Interessensvertreter, dann müsse zukünftig auf jedem Schnitzel stehen, es sei mit Genfutter erzeugt, das wäre ja wohl wenig praktikabel.

So ist das ja immer, da wird dann gesagt, Politik hat sich da was ausgedacht, das funktioniert nicht. Aber wichtig ist doch, dass wir eine wirklich für den Verbraucher transparente, nicht irreführende Kennzeichnung kriegen. Über die Umsetzung dieser politischen Aussage sollen sich dann auch die Beteiligten Gedanken machen, und zwar konstruktive und nicht destruktive, das erwarte ich.

Vielen Dank für das Gespräch!

cs

Südbrasilien gründet erste Bauernuniversität

Gentechnik schafft mehr Probleme als Lösungen

In den zehn Jahren Gentechnik-Anbau in Brasilien, wo hauptsächlich gentechnisch veränderter Mais, Soja und Baumwolle angebaut werden, haben wir festgestellt, dass die großen Versprechen der Agrar- oder Chemieindustrie nicht eingehalten worden sind,“ resümiert Professor Antônio Andrioli, renommierter Gentechnik-Kritiker und Vizerektor der Bundesuniversität Fronteira Sul (UFFS), auf seiner gerade beendeten Vortragsreise durch Deutschland und Österreich. Der Einsatz von Gentechnik hat dazu geführt, dass der Pestizideinsatz gestiegen ist, sowohl bei der Unkraut- als auch bei der Schädlingsbekämpfung. „Brasilien ist jetzt auch trauriger Weltmeister im Pestizidverbrauch: 5,2 Liter pro Einwohner pro Jahr“, so der Experte. Gleichzeitig haben sich die Saatgutkosten um 246 Prozent erhöht. Anfangs waren die Gentechnik-Sorten billig und sind v. a. in den Süden eingeschmuggelt worden. Heute bekommen die Bauern im Süden fast gar keine gentechnikfreien Sorten mehr. Anders als versprochen sind die Erträge nicht gestiegen. Stattdessen kämpfen die brasilianischen Bauern zunehmend mit Schädlingen und Unkrautproblemen. Über 20 Unkräuter haben mittlerweile eine Resistenz gegen den Wirkstoff Glyphosat. Die erste Generation der Roundup-Ready-Soja-Sorten hat ihre Wirkung fast verloren. Aktuell soll die zweite GV-Soja-Generation auf den Markt kommen, die gegen eine Reihe von Pestiziden aber auch Schädlinge resistent sein soll. Neben Glyphosat sollen die GV-Pflanzen zusätzlich gegen das weit aus giftigere Glufosinat und 2,4-D, ein Wirkstoff im Entlaubungsmittel Agent Orange, resistent sein. Auch der Bt-Mais ist – anders als erwartet – wenig erfolgreich. Dieser GV-Mais soll ein Gift produzieren, das gegen Fraßschädlinge wirkt. Wie schon aus Amerika und Indien bekannt, sind auch in Brasilien Schädlinge resistent geworden oder es konnten sich „neue“ Schädlinge entwickeln. Besonders die Baumwollkapselwurm macht derzeit so große Probleme, dass Brasilien den Notstand ausgerufen hat und zur Rettung der Ernte den Import eines Insektizids zugelassen hat, welches in Brasilien eigentlich nicht zugelassen ist. „Man versucht jetzt also Probleme zu lösen, die erst durch den Einsatz der Gentechnik entstanden sind. Und das wiederum mit Spritzmitteln und Monokulturen, statt aus den Fehlern der ersten Gentechnik-Generation zu lernen,“ kritisiert Prof. Andrioli, der mittlerweile

Mitglied in der Biosicherheitskommission Brasiliens ist. Interessant ist, dass im Norden und Zentrum Brasiliens, im Staat Mato-Grosso, die mittelständischen und großen Bauern derzeit zur gentechnikfreien Soja zurückkehren. Dort investieren die großen Sojaproduzenten zusammen mit den Regierungen wieder in die gentechnikfreie Sojazüchtung. Aktuell werden von den insgesamt 81 Mio. Tonnen Soja, 16 Mio. Tonnen gentechnikfreie Soja erzeugt.

Hoffnungsvolle Entwicklung

Es gibt aber auch Anlass zum Optimismus. Zwar bekommen nach wie vor die Großgrundbesitzer in Brasilien einen Großteil der Agrarfördergelder und die Wirtschaftspolitik ist weiterhin auf Export ausgerichtet. Für Prof. Andrioli ist der Gegenpol das wahrscheinlich Hoffnungsvollste was derzeit in Brasilien stattfindet: denn gleichzeitig gab es noch nie so viel Unterstützung der bäuerlichen Familienlandwirtschaft durch die Regierung wie in den letzten zehn Jahren. Durch den Zugang zu Mikrokrediten hatten die Kleinbauern die Möglichkeit, Land und Betriebsmittel zu kaufen. Hinzu kommen Programme, mit denen die Regierung die regional erzeugten Produkte aufkauft und staatliche Einrichtungen, wie Schulen, Universitäten und Gefängnisse, mit Nahrungsmitteln versorgt. 30 Prozent der Schulessen stammen derzeit aus regionalen Produkten der Kleinbauern. Im Oktober hat Brasilien den nationalen Plan zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft gestartet mit einem Volumen von drei Mrd. Euro. Hiermit

sollen regionale Vermarktung und Verarbeitung sowie Umstellung auf ökologischen Landbau gestärkt werden.

Wertschöpfung fördern

Zusätzlich investiert die Regierung viel Geld in Bildung und Wissenschaft. Neu daran ist, dass dies auch in den ländlichen Regionen passiert. Im Süden Brasiliens, also dort wo die meisten Kleinbauern leben, werden staatliche Universitäten aufgebaut, nicht zuletzt um die Landflucht einzudämmen und jungen Menschen eine Zukunftsperspektive vor Ort zu geben. Viele Wissenschaftler kehren in ihre Herkunftsregionen zurück. Die neuen Universitäten zeichnen sich auch dadurch aus, dass von Anfang an Bauern an der Definition von Forschung und dem Aufbau der Studiengänge beteiligt werden. In den Beiräten der Universitäten sitzen VertreterInnen von Via Campesina und den Kleinbauerngewerkschaften. Schwerpunkte der neuen Universitäten sind Agrarökologie, Genossenschaftswesen, Vermarktung und Verarbeitung regionaler Produkte, aber auch Ausbildung von Lehrern für die ländlichen Räume, ganzheitliches Gesundheitswesen sowie Energiesouveränität. Ziel ist es, auch die Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu erhöhen und die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Familienbetriebe zu fördern. Ganz im Sinne der FAO und des Weltagrarberichts, die dies als einzige Chance sehen, um die Bevölkerung in der Welt gesund und Ressourcen sparend zu ernähren. Agrarökologie versucht ganzheitlich Landwirtschaft zu betrachten, indem es

nicht nur um Produktionssteigerung geht, sondern es geht um die Eigenversorgung der Bauern mit vielfältigen, qualitativ hochwertigen Produkten. Die Erfahrungen der traditionellen Bewirtschaftung der Bauern und Indianervölkern werden aufgenommen, kritisch hinterfragt, unter Beteiligung der Bauern weiterentwickelt und in der Praxis ausprobiert. So wird neues Wissen aus traditionellem Wissen generiert.

Zugang zu Saatgut

Wichtig ist es für Andrioli, dass man die Bauern nicht dominiert oder entmachtet, indem man sie von der Wissensentwicklung ausschließt und ihnen dann das Wissen teuer verkauft. Neben Zugang zu Saatgut, Wasser und Boden braucht es auch freien Zugang zu Wissen. Bäuerliches Wissen ist kollektives Wissen, das in der Tradition der Bauern entstanden ist, die Bauern tauschen sich untereinander aus. Dieses Wissen ist nicht patentierbar. Wissen ist dann nicht mehr abhängig von Konzernen und Wissenstransfer der Forschungsinstitute, die die Agrarberater der Genossenschaften ausbilden, die Bauern etwas verkaufen wollen, was sie gar nicht brauchen. „Mit unserer Universität wollen wir praxisorientierte Wissenschaft mit den Bauern vor Ort betreiben und eine andere Agrarberatung aufbauen, die die Erhaltung der kleinbäuerlichen Familienbetriebe und ein nachhaltiges Wirtschaften in den Fokus setzt,“ so Andrioli optimistisch.

Annemarie Volling,

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft



Bäuerliche Strukturen in Südbrasilien

Foto: Schütz/Pixelio

Apfelbäume als Erinnerungsstütze

AbL-Aktion in Erfurt zur Synode der Evangelischen Kirche zeigt Ungerechtigkeiten bei der Landvergabe auf

Es ist der 21. November 2013. Auf der EB 7 Richtung Erfurt tuckert bei Nieselregen ein kleiner Traktor ohne Kabine. Die junge Fahrerin erregt Aufsehen zwischen den vielen Autos und LKW, die sich auf das Zentrum von Erfurt zubewegen. Ihr Ziel ist die Michaeliskirche in Erfurt, nur einige Meter entfernt vom bekannten Ensemble des Mariendoms und der Severikirche auf Erfurts Domhügel. An der Michaeliskirche wird sie mit großem Hallo von vielen Bäuerinnen und Bauern empfangen, die sich auch auf den Weg gemacht haben. Der Traktor wird mit einem Transparent versehen und zwischen anderen Traktoren rund um die Kirche geparkt. Vor dem Portal der Michaeliskirche drängen sich Menschen, unzählige Apfelbäume stehen an der Kirchentür. Wenig später kommen die Synodalen und die Kirchenleitung, um am Eröffnungsgottesdienst der Herbstsynode teilzunehmen. Menschen teilen am Kirchenportal die Bäumchen an die Mitglieder der Synode, an die Landesbischöfin und den neu gewählten Präses aus, mit der Aufforderung, diese Bäumchen auf Kirchenland zu pflanzen. Später wollen die Medien dieses Vorhaben begleiten.

Verpachtung nach Punkten

Seit fast drei Jahren sucht die AbL Thüringen das Gespräch mit der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands (EKM) zum Thema der verantwortungsvollen Pachtvergabe. Auf der Herbstsynode 2011 stand die erneute Positionierung der Synode hinsichtlich Pachtvergabekriterien dann auf der Tagesordnung.

Erst im Juli 2012 erfuhr die Öffentlichkeit die Ergebnisse. Ein transparentes Punktesystem soll nun die Vergabe für Pachtbewerber nachvollziehbarer gestalten. Die Bewertung erfolgt anhand Kriterien wie ordnungsgemäßer Bewirtschaftung, Pachtpreisangebot, Herkunft des Pächters und Kirchenzugehörigkeit. Man kann sie mittlerweile auf der Homepage der EKM nachlesen. Mit drei Punkten wird z.B. „belohnt“, wer den Hauptwohnsitz als Pächter in der Gemarkung hat, auch die Kirchenmitgliedschaft wird mit drei Punkten bewertet. Spannend ist die Frage, welche Position die Synode bezüglich der Art der Bewirtschaftung ihrer Kirchenäcker vertritt. Hier beugt sie sich dem Druck der mehrheitlichen Meinung ihrer Mitglieder und fordert die Einhaltung einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung unter Berücksichtigung guter fachlicher Praxis. Der Einsatz von GVO auf dem Betrieb (z.B. in Futtermitteln) wird laut neuen Kriterien nicht mehr eindeutig untersagt. Soziale Aspekte, wie die Arbeit auf Höfen mit Benachteiligten, finden keine Berücksichtigung. Wurde im alten Verfahren noch abgefragt, wie viele Arbeitskräfte auf dem bäuerlichen Betrieb beschäftigt sind, ist dafür kein Bewertungspunkt mehr vorgesehen. Die Punkthöchstzahl von drei Punkten ist zu erreichen, wenn das Pachtangebot höher als 30 Prozent über der Mindestpacht liegt. Die Auswertung der eingegangenen Anträge verläuft geheim, bei Punktegleichheit verschiedener Bewerber kann eine Abwägung verschiedener Gesichtspunkte die Entscheidung erleichtern. Die Ein-

schaltung einer eingesetzten Ombudsperson bei Streitfällen ist nur durch Gemeindegemeinderäte, Superintendenten sowie Amtsleiter möglich, für nicht berücksichtigte Pachtbewerber ist die Anfechtung des Pachtvergabeverfahrens auch weiterhin nicht möglich. Alles in allem wurden unsere Erwartungen an eine Überarbeitung des Verfahrens nicht annähernd erfüllt.

Keine klare Positionierung

Aber neu ist für uns die Gesprächsbereitschaft des frisch gewählten Präses Herrn Herbst, der einige Tage vor der Aktion in Erfurt Vertreter der AbL Thüringen und der Jungen AbL zu einem Gespräch ins Augustinerkloster eingeladen hat. Hier wird auch deutlich, dass sich die EKM als Vorreiter in Sachen Pachtvergabepraxis innerhalb der Evangelischen Kirchen Deutschlands sieht. Eine Bevorzugung einzelner Betriebe bei der Pachtvergabe aufgrund der ökologischen Bewirtschaftungsform, der bäuerlichen Werterhaltung oder der sozialen Arbeit lehnt die EKM ab, um eine Diffamierung konventionell wirtschaftender Betriebe zu vermeiden, welche bisher den Großteil der Pächter ausmacht, so erklärte es uns Herbst. Auch erfolgt keine klare Positionierung hinsichtlich der Unterstützung von Neugründungen bäuerlicher Betriebe durch Verpachtung von Kirchenflächen. So bleiben viele offene Fragen. Konsequenterweise betrachtet kommt die Kirche zukünftig nicht an einer ökologischen, sozialen Landbewirtschaftung ihrer Flächen vorbei, wenn sie sich den Auswüchsen „moderner“, konventioneller Landwirtschaft stellt wie z.B. Fragen der Rückstandproblematik, Massentierhaltung, Artensterben, Billigfuttermittelimporten und Zerstörung kleinbäuerlicher Strukturen durch aggressive Markteroberungsstrategien.

Gewinn an Glaubwürdigkeit

Will die Kirche dauerhaft den Wert ihres Bodens erhalten und ihrer sozialen Verantwortung, auch in Bezug auf Drittweltländer, gerecht werden, gilt es, die Pachtvergabe konsequent diesen Zielen unterzuordnen und Lobbyisten in den eigenen Reihen die Stirn zu bieten. Dies wird kein einfacher Weg werden, jedoch wäre der Gewinn an Glaubwürdigkeit für die Evangelische Kirche immens. Es bleibt zu hoffen, dass die in Erfurt verteilten Apfelbäumchen auf Kirchenland wachsen und gedeihen mögen und die Entscheidungsträger an ihre Verantwortung erinnern.

Claudia und Gerhard Gerster,
AbL Thüringen

Halbes Dutzend grüne Minister

Die hessischen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und Grünen wurden Mitte Dezember erfolgreich abgeschlossen. Nun werden die Ministerposten der neuen, und in einem Flächenland bisher unerprobten schwarz-grünen Regierung, verteilt. Die grüne Bundestagsabgeordnete Priska Hinz kehrt in die Landespolitik zurück und übernimmt die Leitung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft, Energie und Verbraucherschutz. Bisher war Lucia Puttrich (CDU) für diesen Bereich verantwortlich. Sie wird im Kabinett bleiben und eventuell neue Innenministerin werden. cw



Öffentliches Interesse erregte die Aktion der AbL Thüringen zur Landvergabe der Kirche in Erfurt

Foto: Gerster

Positive Blockade

EU-Parlamentarier lehnen EU-Saatgutverordnung der Kommission ab

Öffentlicher Druck wirkt. Jüngstes Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung um die neue EU-Saatgutgesetzgebung. Einen Tag bevor die Frist für die Abgabe von Änderungsanträgen durch die EU-Parlamentarier abgelaufen ist, erklärten Abgeordnete der beiden stärksten Fraktionen im Europaparlament, EVP und SPE, dass sie den Verordnungsentwurf in seiner jetzigen Form ablehnen und ihn der EU-Kommission zurückgeben wollen. Allen voran Albert Deß, agrarpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, der in einer Pressekonferenz sagte: „Dieser Vorschlag war nicht ausgegoren. Er würde kleine und mittlere Saatgutbetriebe sowie private Gärtner nicht berücksichtigen.“ Dies ist umso bemerkenswerter, weil Deß sich bislang eher positiv dazu geäußert hatte: „Biodiversität und Saatgutvielfalt werden durch den neuen Verordnungsentwurf nicht gefährdet. Bei der Sortenregistrierung wird es für Nischenmärkte Ausnahmeregelungen geben.“ Offenbar sind die

vielen Kommentare und Protestmails von Saatgutinitiativen und Bauernorganisationen in ganz Europa nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Kurz vor Schluss gab es dann auch noch Druck aus der eigenen Fraktion. Die österreichische EU-Parlamentarierin Elisabeth Köstinger (agrarpolitische Sprecherin der ÖVP) kritisierte: „Die Neuregelung würde zu enormer Bürokratie führen und nicht genügend Möglichkeit lassen, den Fortbestand von Nischenmärkten zu sichern“, und plädierte schon vor Deß für eine Ablehnung.

Zurückweisung

Zur Seite sprang ihr die österreichische sozialdemokratische Abgeordnete Karin Kadenbach: „Die Verordnung in der jetzigen Form ist unausgegoren und berücksichtigt zu sehr die Anliegen der großen Konzerne.“ Dazu der grüne Tenor von Martin Häusling: „Der Vorschlag der EU-Kommission zur Saatgutgesetzgebung ist absolut nicht im Sinne der Biodiversität,

nicht im Sinne der Landwirte, nicht im Sinne der Züchter von Ökosaatgut und nicht im Sinne des Erhalts von seltenen Sorten.“ Teil der Kritik der Parlamentarier ist auch, dass sie durch den vorgelegten Entwurf der Kommission mit seinem System, viele Detailregelungen auf sogenannte delegierte Rechtsakte zu verlegen, praktisch umgangen würden, wenn es um die konkrete Ausgestaltung der Verordnung gegangen wäre. Nun bleibt abzuwarten, wie die Kommission auf die Ablehnung reagiert und wie der nächste Versuch aussehen wird. Andreas Riekeberg von der Kampagne für Saatgut-Souveränität macht die Zielsetzung der Saatgutinitiativen klar: „Die Registrierung von Sorten und die staatliche Zertifizierung von Saatgutpartien sollte freiwillig gestaltet werden und nicht mehr verpflichtend sein. Dieser Paradigmenwechsel wäre viel einfacher, als an allen möglichen Nischen herumzubasteln.“ Ein gleichberechtigter Zugang für alle zum Saatgutmarkt muss das Ziel sein. *cs*



Freiheit für die Vielfalt!

2014 soll eine neue EU-Saatgutverordnung verabschiedet werden, die seltene Sorten besonders gefährden würde, weil sogar der freie Tausch von Saatgut und Knollen unter Strafe gestellt werden könnte. Es gibt aber schon Widerstand in 20 Ländern der Europäischen Union, und in Österreich und Deutschland wurden bereits über eine halbe Million Protestunterschriften gesammelt. Die Aktionen der Kampagne werden bunt und vielfältig sein, wie z.B. ein Samentauschmarkt, Flashmobs, Koch-Aktionen mit seltenen Sorten, Demos u.v.m. Wir, die Kampagne „Freiheit für die Vielfalt!“, fordern von den EU-Abgeordneten des Agrarausschusses, dass sie sich ebenfalls klar gegen die EU-Saatgutverordnung positionieren, das mit in ihre Wahlprogramme aufnehmen und nach den EU-Neuwahlen im Mai eine ökologische und sozial-faire Landwirtschaftspolitik verwirklichen! Des Weiteren fordern wir den neuen Landwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich (CSU) auf, sich ebenfalls klar gegen gegen die neue EU-Saatgutverordnung zu positionieren und dies auch im EU-Ministerrat zu vertreten! *rs*

Via Campesina diskutiert Europas Saatgutpolitik

Viel Interpretationsspielraum und unterschiedliche Herangehensweisen fordern Bewegung heraus

Die Europäische Koordination der weltweiten Bauernorganisation La Via Campesina (ECVC) lädt ein zu einer Veranstaltungsreihe über Agrarökologie. Es geht darum, Ideen zur Strukturierung einer bäuerlichen Landwirtschaft in die Tat umzusetzen; darum, Realitäten zu schaffen, die in Zukunft vom Gesetzgeber ernst genommen werden müssen, so erklärt es Andrea Ferrante von La Via Campesina. In Gaillac, nahe Toulouse in Frankreich, fand das erste von vier Treffen im Rahmen des europäischen Grundtvig-Programms statt. Die Seminare dienen zur Erarbeitung konkreter Strategien, mit denen Landwirten wieder eine Perspektive abseits des Wachstumszwangs eröffnet werden soll. Zum Auftaktseminar mit dem Thema Saatgut waren Landwirte und Gärtner von 30 europäischen Organisationen zusammengelassen. Auch AbLe-rund jAbLer waren vertreten. Westeuropa war stark repräsentiert, Osteuropa hingegen leider gar nicht, obwohl mit Eco Ruralis seit 2013 Rumänien in La Via Campesina vertreten ist. Anlass für das Thema Saatgut ist die aktuelle Auseinandersetzung um den Entwurf der Europäischen Kommission für eine neue europäische Saatgutgesetzgebung.

Eigenständigkeit erhalten

Stärkere Rechte für Bauern zur eigenständigen Saatgutvermehrung, Verzicht auf Saatgutpatente und Maßnahmen zum Er-

halt althergebrachter und diversifizierter Sorten, so die Forderungen der Teilnehmer. Nun sollen konkrete Vorschläge an Abgeordnete des EU-Parlaments und den Rat der EU getragen werden. In diesem Punkt besteht allerdings Uneinigkeit zwischen Mitgliedern von ECVC und auch zwischen anderen Vertretern der Opposition gegen eine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft. Zum einen führt die Komplexität des Verordnungsvorschlags zu divergierenden Interpretationen, so z.B. in wie weit der Tausch von Saatgut zwischen Landwirten in Zukunft von der Gesetzgebung betroffen sein wird. Zum anderen gibt es verschiedene Meinungen, wie politisch reagiert werden soll. Die Bewegung für bäuerliche Rechte und Ernährungssouveränität darf sich nicht durch solche Divergenzen selbst lähmen, will sie weiterem Verlust von Bauern, bäuerlicher Kultur und agrarischer Biodiversität entgegenwirken. Dass eine gemeinsame Stimme möglich ist, haben bereits mehrfach Organisationen, darunter auch die AbL, mit gemeinsamen Stellungnahmen zur Saatgutpolitik gezeigt. Nun muss informiert und die Diskussion weiter in die

Bevölkerung hineingetragen und Landwirte über die Auswirkungen des geplanten Gesetzeswerkes aufzgeklärt werden. Gelegenheiten dazu bieten Kundgebungen wie die Demo im Januar von „Meine Landwirtschaft.“ La Via Campesina mobilisiert für eine Kundgebung und Konferenz am 21.01.2014 in Brüssel. Viele Bürger Europas haben sich bereits geäußert und die Petition „Saatgutvielfalt in Gefahr“, initiiert von der Kampagne für Saatgutsouveränität und dem VEN (Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt), unterstützt. Europaweit kamen bis jetzt mehr als 150.000 Unterschriften zusammen, davon 95.000 aus Deutschland.

Johannes Geiermann, Sebastian Kussmann, Paula Gioia, jAbL



Saatgutvielfalt für alle!

Foto: Rudolph/pixelio

Ländliche Entwicklung nur mit bäuerlicher Landwirtschaft

Über den landwirtschaftlichen Neuanfang von zwei jungen Leuten in Brandenburg

Reizlos sei die Landschaft und im Wesentlichen auch das Dorf, schrieb Theodor Fontane in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ als er aus dem Städtchen Seelow nach Friedersdorf kam. Er war allerdings auch nicht im Dezember hier unterwegs. Da nämlich hängt sehr reizvoll der Nebel schwer in den feuchtdunklen, blätterlosen Bäumen an den Wegrändern. Unzählige Mistelnester



Dezembernebel schreckt weder Sussex-Huhn noch Hahn
Foto: Schievelbein

tupfen hellgrüne Punkte zwischen knorrige Äste, die sich kahl ins Nichts strecken. Ansonsten dominieren gedeckte Farben zwischen grünbraun und grau Boden, Landschaft, Häuser. Reizend im Sinne von liebevoll mag zwar doch etwas anderes sein, findet auch Johannes Erz, ein 29-jähriger Neueinsteiger in die Landwirtschaft. Gleichzeitig merkt man ihm an, wie viel Spaß es ihm macht, die Gegend um sein neues Zuhause vorzustellen. Mit einem süddeutschen Zungenschlag, der ihn gleich als Nicht-Brandenburger ausweist, erzählt er von den wenigen landwirtschaftlichen Betrieben, die hier noch verblieben sind. Und das obwohl es seit der preußischen Drainierung des Oderbruchs fruchtbarste ebene Flächen gibt und durch die Nähe zu Berlin eine starke Tradition, die Großstadt mit frischem regional angebauten Gemüse zu versorgen. „Diese Agrargenossenschaft war ein Vorzeigebetrieb, sogar Gorbatschow war mal da“, Erz lenkt den Blick auf einen immer noch gepflegt aussehenden typischen DDR-LPG-Funktionsbauten-Gebäudekomplex, der aber merkwürdig verlassen wirkt. Es sei kein Nachfolger für die Geschäftsführung aufgebaut worden, nun sei das Ganze an einen externen Investor gegangen. Damit werden auch die letzten noch verbliebenen Arbeitsplätze

gefährdet, die Arbeit machen jetzt Lohnunternehmer von woanders. „Irgendwann fällt das hier wahrscheinlich einfach zusammen“, mutmaßt Erz.

Offenheit

Dies Schicksal hätte vielleicht auch dem Haus gedroht, das er und seine Freundin Hanna Stiehler nun bewohnen. In jenem fontanisch-reizlosen Friedersdorf, gibt es nun wieder drei landwirtschaftliche Betriebe, einer ist der des CDU-Bundestagsabgeordneten Hans-Georg von der Marwitz. Alle drei, die hier wieder neu angefangen haben, stammen wie Erz und Stiehler nicht aus Oderbruch oder Mark. Es brauche Fingerspitzengefühl und ein offenes Aufdie-Leute-zugehen, um hier anzukommen, sagt Erz. Er und seine Freundin sind seit gut einem Jahr da und haben das Gefühl, das Ankommen ist geglückt, Stiehler spielt im örtlichen Posaunenchor, Erz ist Vertreter im Kirchengemeinderat. „Es gibt hier eben nicht so viele Menschen, da sind eigentlich alle froh, wenn jemand junges kommt und sich dann auch noch für die Region engagiert.“ Das junge Paar ist das jüngste im Dorf, das einzige was zugezogen ist, alle anderen Jungen ziehen eher weg. Und dann auch noch Landwirtschaft, alle anderen haben immer weniger mit Landwirtschaft zu tun. „Ländliche Entwicklung geht nur mit bäuerlicher Landwirtschaft“, ist Erz überzeugt, „es entsteht dann auch andere regionale Wertschöpfung im Ort, neue Arbeitsplätze.“ Erz und Stiehler bringen Farbe ins Dorf, nicht nur als sie im vorletzten Sommer das unbewohnbare Haus des eigentlich schönen alten Hofensembles mieteten und wieder Instand setzten und den halben dazu gehörenden Hektar Land mit Luzernegrass bestellten. Schnell kommt ein zweiter halber Hektar direkt neben dran von den Nachbarn dazu, sie beginnen offiziell die Umstellung des Bodens auf ökologischen Landbau, werden Biolandmitglied. Da der Plan vom regionalen Ökogemüseanbau für die nahe Großstadt zwei Jahre Umstellungszeit erfordert, sind die ersten Produkte, die die beiden Absolventen der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (FH) Eberswalde erzeugen und verkaufen, Eier. Denn kurz nachdem beide mit dem Bachelor in der Tasche und jeweils einer absichernden Festanstellung endgültig an die Seelower Höhe gezogen sind, haben auf ihrer Veranda 160 Eintagsküken der alten Zweinutzungsrasse Sussex einen abenteuerlich anmutenden Unter-

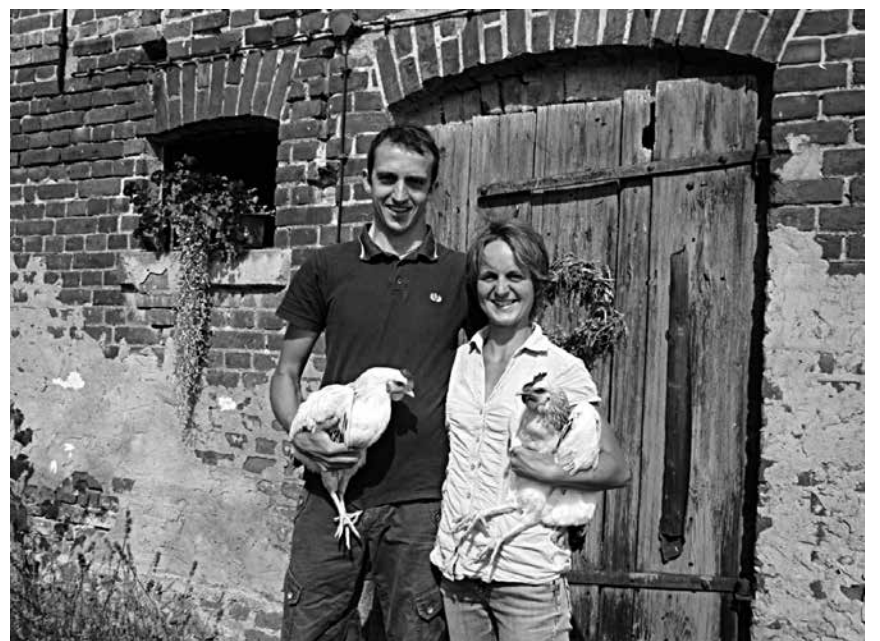
schlupf bekommen. „Als wir beschlossen haben Legehennen zu halten, wollten wir bewusst keine Hybriden, eine Alternative zu dem was die großen Konzerne bieten und wir wollten bewusst Eintagsküken, also den ganzen Weg bis zum ‚fertigen‘ Huhn machen.“ Der Lohn sind kaum Verluste und muntere Junghennen, die in einen gebraucht gekauften umgebauten Bauwagen auf das Luzernegrass umziehen. Ein teurer neuer Mobilstall wäre nur mit Fremdkapital zu finanzieren gewesen, auch das wollen Erz und Stiehler bewusst nicht in ihrem Betriebsaufbau. Der Einstieg in die Eiervermarktung gestaltet sich nach anfänglicher Unsicherheit, auch angesichts der Tatsache, dass sie ohne Packstelle nicht an Läden vermarkten dürfen, leichter als gedacht. Sie liefern an Food Coops in Berlin und im Umland. „Wir produzieren eben nicht hinter dem Busch“, Erz hält die Offenheit, mit der sie auch auf potentielle Kunden und die Gesellschaft zugehen für einen wichtigen Faktor, „die Leute können kommen und sich das hier angucken und wollen das auch.“ Nachdem nun noch ein weiterer knapper Hektar Land gepachtet werden konnte, steht der nächste Schritt an: Hanna Stiehler hat ihre feste Stelle zum Jahreswechsel aufgegeben, um sich ganz der weiteren Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebs zu widmen.

Viel Energie

Ideen haben sie genug Erz berichtet begeistert davon, dass er mal auf einem Betrieb eine gut funktionierende Kombi-

nation von Hühnern und Grünspargel auf einer Fläche gesehen hat. Konkret werden im kommenden Jahr Kürbisse als erstes Gemüse angebaut und vermarktet werden, sie wollen 25 Hähne aufziehen und antesten, wie die im Markt ankommen, und vorausblickend auf das erste anerkannte Biojahr 2015 wollen sie nächstes Jahr schon Folientunnel bauen. Erz wirkt sehr besonnen, fast vorsichtig, wenn es um die weitere Planung geht, bei jeder der wenigen angeschafften Maschinen (ein älterer Deutz ist der erste Trecker, ansonsten zwei Eggen, ein Spargelpflug) haben sie sehr genau überlegt und abgewogen. Sicherlich mag diese Art der Betriebsentwicklung angesichts der sonst inzwischen in der Landwirtschaft üblichen Dimensionen gerade auch in der Nachbarschaft der beiden geradezu lächerlich wirken, sie lebt aber von viel Energie und dem Wunsch, es selbst möglichst ohne fremdes Geld zu schaffen. Angesichts des um sie herum boomenden Einstiegs des Kapitals in die Landwirtschaft ist das der absolute Kontrast. Auch dieser Boom ist es, der Erz dazu gebracht hat, sich im Bündnis Junge Landwirtschaft zu engagieren. Hier kommen Leute, wie Erz und Stiehler, zusammen, die mit einer landwirtschaftlichen Ausbildung, aber ohne Hof im Hintergrund in die Landwirtschaft einsteigen wollen und immer wieder dadurch ausgebremst werden, dass sie nicht an Land kommen. Gerade im Osten Deutschlands geraten sie in einen sich noch verschärfenden Kon-

Fortsetzung Seite 17 unten



Aber im Sommer ist es auch ganz schön, Hanna Stiehler und Johannes Erz, Huhn, Hahn

Foto: Privat

„Die Dynamik des ersten Jahres weitertragen“

Ein Gespräch über Existenzgründung durch Solidarische Landwirtschaft

In Frühjahr 2013 gründeten Jan Hendrik Cors und Christian Pratz, zwei junge Uniabsolventen aus Witzhausen, im nordhessischen Hebenshausen eine Gemüsegärtnerei - ganz ohne Flächen zu kaufen und Verträge mit Zwischenhändlern zu schließen. Grund dafür ist die Form ihres Unternehmens: Eine sogenannte CSA (community supported agriculture), Solidarische Landwirtschaft, die auf ein intensives Verhältnis zwischen Produzenten und Kunden aufbaut.

Unabhängige Bauernstimme: Seit diesem Frühjahr organisiert ihr eine Gemüsegärtnerei nach den Prinzipien der CSA. Auf welchen Prinzipien basieren eure Arbeit und eure Gärtnerei?

Jan Hendrik Cors: Wir arbeiten gemeinschaftsgetragen. Damit meine ich, dass uns eine Gruppe von Menschen eine regelmäßige Abnahme garantiert und mit ihren monatlich fortlaufenden Beiträgen unseren

Haushalt deckt. Außerdem erklären sich die Menschen bereit, sich auf das Wagnis einer saisonalen und lokalen Ernährung ein Stück weit einzulassen.

Das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft hat in Deutschland aktuell wenig Bedeutung, es gibt kaum Betriebe die nach diesem Prinzip arbeiten. Wie entstand bei euch die Idee, eine CSA zu gründen?

Ich habe vor meinem Studium der ökologischen Agrarwissenschaften in Witzhausen zwei Jahre lang in einer CSA Gärtnerei in den USA gearbeitet. Dort bin ich das erste Mal in Kontakt gekommen mit Gartenbau und CSA, und war sofort überzeugt. Heute stellt es für mich einen der wenigen Wege dar, sozialverträglich, ökologisch und vielfältig in Landwirtschaft oder Gemüsebau zu arbeiten.

Welche Schritte musstet ihr unterneh-

men, um euer erstes Produktionsjahr vorzubereiten? Wie habt ihr die Leute zur Übernahme eines Anteils gewonnen?

Wir haben für 50 Menschen und Familien Gemüse produziert. Der überwiegende Teil der Menschen kam und kommt aus der Gemeinde. Hier waren vor allen Dingen der lokale Anbau und der direkte Bezug schlagende Argumente. Ich denke, dass wir die meisten Menschen mit unserer eigenen Überzeugung für das Projekt gewinnen konnten.

Das Prinzip der CSA sieht einen engeren Dialog zwischen Produzenten und Konsumenten vor. Wie bezieht ihr eure Anteilnehmer ein, welche positiven und negativen Erfahrungen habt ihr gemacht?

Die Menschen holen das Gemüse zweimal die Woche bei uns am Hof ab. Das schafft Kontakt und Raum für Gespräche. Gleichzeitig gibt es im Marktraum, wo die Leute ihr Gemüse abholen, über ein Mitteilungsheft, Pinnwand und Schultafel die Möglichkeit in Austausch zu kommen. Im Jahresverlauf gab es diverse Treffen, wie ein Sonntagscafé, Erntedankfest und eine gemeinsame Ernte, zu der alle Mitglieder eingeladen waren. Der Angebotscharakter stand dabei klar im Vordergrund, es gab von unserer Seite aus keine Erwartungen an die Mitglieder.

Das erste erfolgreiche Jahr liegt hinter euch, wie geht es weiter, welche Erfahrungen nehmt ihr in die nächste Saison mit?

Wir wollen die Dynamik und Freude des ersten Jahres in das nächste mitnehmen. Dazu werden uns viele Mitglieder erhalten bleiben. Wir haben inzwischen auch weitere Flächen hinzubekommen und weitere tätige Gärtnerinnen und Gärtner, die das Projekt in ein nächstes Jahr führen wollen. Was bleibt ist die Frage und der Wunsch nach weiteren Mitgliedern. Ich bin optimistisch, mit einem gesunden Wachstum auch den Kreis an Mitgliedern erweitern zu können.

*Vielen Dank für das Gespräch!
Sebastian Kußmann, jAbL*

Solidarische Alternative

Gerade haben sich in Oberschwaben drei weitere Initiativen gegründet, die mit dem Konzept der solidarischen Landwirtschaft (SoLAWi) dem gängigen System in der Landwirtschaft, das von Lebensmittelskandalen, prekären Beschäftigungsbedingungen und Marktabhängigkeit geprägt ist, eine Alternative bieten wollen: Eine Gemeinschaft von Menschen schließt sich mit einem Hof zusammen und garantiert ihm, verbindlich für ein Jahr, seine Produkte abzunehmen. Die Ernte findet so direkt den Weg vom Hof zum Teller. Die Betriebskosten werden zusammen getragen, es wird kein Überschuss produziert und „Gemüse mit Charakter“ wird zusätzlich geliefert. Bisher gibt es in Deutschland bereits über 40 solcher SoLAWis. pm
Weitere Informationen www.solidarische-landwirtschaft.org



Engagierte Neueinsteiger in die solidarische Landwirtschaft: Christian Pratz und Jan-Henrik Cors mit Tochter Liselotte
Foto: Privat

Fortsetzung von Seite 16

kurrenkampf der Investoren, der Großstrukturen in die Hände spielenden Landvergabepraxis der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) und einer sich in dieser Frage nur langsam bewegenden Kirche als Landbesitzer. Erz und Stiehler gehören da fast noch zu den Ge-

winnern, immerhin konnten sie schon etwas pachten und beginnen aufzubauen. „Irgendwann kann ich mir schon auch vorstellen mit Getreideanbau anzufangen, das macht aber dann tatsächlich erst Sinn mit 20, 30 Hektar Land und daran zu kommen ist momentan ziemlich unrealistisch,“ beschreibt Erz die Perspektive, die derzeit keine ist. Entmutigen lassen sich die beiden dadurch nicht. Genauso wenig

wie durch die Tatsache, dass sie Weihnachten dieses Jahr mit ihren Hühnern in Brandenburg statt mit ihren Familien in Baden-Württemberg verbringen. Für ihre Eltern sei es nicht ganz einfach, die Kinder im fernen Osten zu haben, sagt Erz. Auch deshalb werden sie, wenn sie demnächst heiraten, in Süddeutschland aufs Standesamt gehen, aber in Friedersdorf in die schöne Feldsteinkirche. cs

Commons - Von der Vergangenheit bis in die Gegenwart

Über die Geschichte gemeinschaftlich genutzter landwirtschaftlicher Nutzflächen

Für Mittelalterhistoriker sind Commons bzw. Allmenden, also der Gemeinschafts- oder Genossenschaftsbesitz auch von landwirtschaftlichen Flächen, ein normales Phänomen. Junge und ältere Historiker aus aller Welt haben sich bereits seit einigen Jahren der Erforschung von Allmenden und ländlichen Genossenschaften zugewandt. Wie entstanden die Commons, unter wessen Herrschaft standen sie, wer hatte Zugang zu dem Land? Waren Commons eher „Fremden-feindlich“ oder bekamen Neuzüglinge ebenfalls ein eigenes Nießbrauchrecht am Gemeinbesitz zugestanden? Wer sorgte für den Erhalt der Allmenden? Wie wandelte sich das Management der Allmenden in der Neuzeit? Seit wann sind die Allmenden in der Schweiz eine kommunale Angelegenheit? Warum wurde die von den Nazis in Osttirol eingeführte relative Verprivatisierung

der Allmenden nach 1945 nicht wieder rückgängig gemacht? Was passiert mit Landschaften, wenn das über 400 Jahre stabile Allmenderegime infolge des Schrumpfens der Landwirtschaft wegbriecht? Auf der dritten Tagung der Historiker der ländlichen Geschichte, der neu gegründeten European Rural History Organisation, in Bern Ende August 2013, waren der Frage nach den Gemeinheiten, wie sie im Deutschen auch hießen, eine Reihe von Workshops gewidmet.

Historischer Hintergrund

Die Vielfalt der historischen Commons in Europa ist unendlich. Bis heute findet man in der Schweiz noch allenthalben Wege u.ä., die „Allmend-Weg“ heißen. Auch in London gehört bis heute zu jedem Stadtteil ein großer „Common“, wenn auch „nur noch“ im Sinne einer kommunalen Grün- und

Erholungsfläche. Historisch haben manche Allmenden über Jahrhunderte existiert. Besonders beeindruckend ist das von Maika De Keyzer, von der Universität Antwerpen, bearbeitete Beispiel über die Allmende-Nutzung in einer Gegend namens „de Kempen“. Obwohl es hier keine geschriebene Allmende-Verfassung gab, waren die Nutzer von der viehlosen Kleinstbäuerin über den Halbbauern bis hin zum reicheren Pächterbauern oder dem Großbauern auf seinem Herrnsitz allesamt gleichberechtigt, da alle auf die Nutzung der kargen Allmende angewiesen waren. So hielt sich diese Allmende Jahrhunderte lang über alle Klassengrenzen hinweg.

Rechte und Pflichten

In Holland hießen die Allmenden markgenootschappen oder marken (ähnlich wie auch im Deutschen in manchen Landstrichen: Markgenossenschaften oder Marken). Manche von diesen Gemeinheiten existierten 700 Jahre lang. Andere hatten in den Niederlanden der frühen Neuzeit eine vergleichsweise kurze Existenz von „nur“ ca. 230 Jahren. Das Wichtigste war die genossenschaftliche Verfassung, also ein – in der Regel schriftlich niedergelegtes – Reglement betreffend der Rechte und Pflichten der Mitglieder. Dieses Regelwerk einzuführen kostete erhebliche Ressourcen, insbesondere an Zeit, Arbeit und Geld. War das Regelwerk erst einmal etabliert, ging es darum, es im Wandel der Zeiten an neue Gegebenheiten anzupassen. Diese Veränderungen konfliktfrei einzuführen, klappte dann besonders gut, wenn die Mitglieder durch regelmäßige Treffen aktiv beteiligt waren. Echte Partizipation war auch damals ein wesentliches Element gelungener Gemeinheitenverwaltung.

Genossenschaftsentwicklung

Durch die Nazis wurde stark in das Allmende-Recht eingegriffen. In Lienz, Osttirol, haben die Nazis nach 1938 die Weiler und Dörfer quasi enteignet, um den Nießbrauch der Allmenden ausschließlich den Bauern zu übertragen. Mehrwürdigerweise wurde dieser Gesetzesbruch vom Land Tirol nach 1945 nicht rückgängig gemacht sondern vielmehr auf ganz Tirol ausgeweitet. Obwohl bereits mehrfach mit Erfolg dagegen geklagt wurde, besteht in Tirol die von den Nazis eingeführte Praxis fort. Als Ende des 19. Jahrhunderts die meisten Allmenden aufgehoben worden waren (im norddeutschen

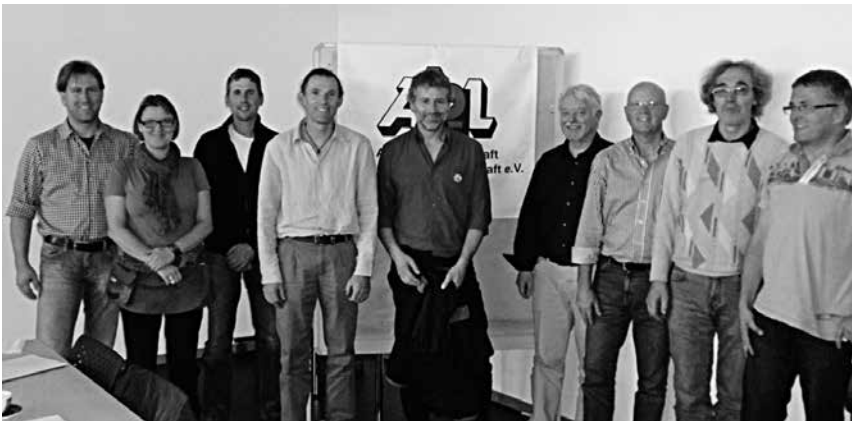
Flachland etwa im Zuge der preussischen Reformen 1807 bis 1816), begannen oftmals Intellektuelle, z.B. in Spanien, Italien oder Griechenland, sich für die Bildung von ländlichen Kredit- und Verkaufs-Genossenschaften einzusetzen, die besonders kleineren Bauern ein Überleben ermöglichen sollten. In bestimmten Fällen wurde die Mitgliedschaft in einer ländlichen Genossenschaft sogar Pflicht, wie in Griechenland 1923, als es über eine Millionen zwangsumgesiedelter Griechen aus der Türkei integrieren musste. Auch autoritäre Regime, wie die italienischen Faschisten, hielten an der Kooperation als Organisationsform fest, obwohl sie die Führer der existierenden Coops überfielen und verprügelten. Zumindest die Form der ländlichen Produktiv-Genossenschaft kann offenbar genauso gut positive Folgen haben als auch von einem diktatorischen Staat missbraucht werden, stellte Nigel Swain im Workshop zu ländlichen Genossenschaften fest.

Moderne Phänomene

Aber lässt sich die Grenze zwischen Produktiv-, Konsum- und reinen Kreditgenossenschaften immer so leicht feststellen? Ist nicht das Demeter-Dorf Brodowin östlich von Berlin, das im Zuge des Wendeprozesses nach 1989 entstanden, von Leonore Scholze-Irrlitz aus Berlin beforcht, als eine neue Form erfolgreicher ländlicher Produktivgenossenschaft zu verstehen? Und müssen wir uns mit der Ansage abfinden, dass im Mittelalter kooperativ gelebt und gehandelt wurde, während in der Neuzeit nur noch das Individuum und der Markt das Sagen haben? Sicher ist, die European Rural Historians führten hier Debatten um Fragen, die für Europa und die Welt angesichts moderner „Landgrabbing“-Phänomene auch heutzutage immens wichtig sind und bleiben werden.

*Elisabeth Meyer-Renschhausen,
freie Autorin*

Weitere Informationen: www.ruralhistory.org



Björn Bender (Biokreis), Ute Rönnebeck (Demeter), Peter Angenendt, (Bioland), Harald Nutt (Naturland), Bernd Schmitz (AbL NRW), Hugo Gödde (Neuland), Vincent Thuneke (Bioland), Friedel Gieseler (AbL NRW), Hans-Bernd Hartmann - von l. nach r. Foto: Dahlmann

Bäuerliche Bio-Landwirtschaft

Über die Herausforderung der Zukunft diskutierten die Vertreter der NRW-Bioverbände Bioland, Biokreis, Demeter und Naturland mit Vorstandsmitgliedern der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft NRW (AbL NRW).

Die steigende Nachfrage von Bioprodukten am Markt bedarf einer Zukunftsstrategie. Die AbL plädiert für die Stärkung bäuerliche Betriebe und deren Umstellung. Der Landesvorsitzende Bernd Schmitz machte deutlich, dass für ihn die derzeitige Entwicklung mit wenig Umstellern und z.T. starkem Wachstum von Einzelbetrieben ein Alarmsignal ist. Die Wurzeln des Biolandbaus lägen laut Schmitz doch gerade darin, den bäuerlichen Betrieben eine Wachstumsalternative durch besonders hohe Qualität zu bieten. Skandale in der jüngsten Zeit haben auch die Bioverbände aktiv werden lassen sodass die Diskussion dort ebenfalls geführt wird.

Hugo Gödde, Bio-Neulandfleischvermarkter, verdeutlichte die Marktsituation und die Wirkung auf den Höfen. In der Diskussion wurde dann besonders deutlich, wie wichtig die abnehmende Verarbeitungstufe und die anschließende Vermarktung für den Erhalt der bäuerlichen Biobetriebe ist. Die Möglichkeiten von Auslobung und besonderer Bewerbung der Produkte müssen in weiteren Diskussionen im Fokus stehen, um zukünftig eine ausreichende Wertschöpfung der Bäuerinnen und Bauern sicher zu stellen. Auch das Thema Zucht, sowohl im Pflanzen- als auch im Tierbereich, gilt es dringend zu bearbeiten, um bestehende Probleme zu lösen. Mit dem gemeinsamen Treffen wurde ein erster wichtiger Schritt getan, um zukünftig Verbandübergreifend für eine bäuerlich-biologische Landwirtschaft aktiv zu werden. *AbL NRW*

Leserkommentar zum Artikel „Wahlnachlese...“ Bauernstimme Nr. 371, Seite 12

Foulspiel

Nichts gegen eine kritische Wahlnachlese. Man sollte sich dabei nur nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Denn wer den falschen Eindruck erweckt, er habe in Berlin bei den Sondierungsgesprächen oder in Brüssel bei den Verhandlungen zur Agrarreform unter dem Tisch gegessen und alles mitgehört, um anschließend Beteiligte zu diffamieren, der geht zu weit.

Was die von Uli Jasper im Artikel geäußerte, aus meiner Sicht unangemessene Kritik an mir und meinem Part in den Verhandlungen zur Agrarreform angeht, so weiß ich nicht, woher der Autor seine Informationen hat. Ich habe Jasper in Brüssel während der knapp dreijährigen GAP-Verhandlungen nur zweimal auf Veranstaltungen gesehen. Mein Büro hat er – trotz ausdrücklicher Einladung – nicht einmal besucht. Niemand von uns ist froh über das Ergebnis dieser Agrarreform. Es verwundert jedoch, dass Jasper die Erwartung zu erwecken versucht, dass drei GRÜNE Abgeordnete gegen eine Phalanx aus 40 überwiegend konservativen, sozialistischen und liberalen Abgeordneten im Agrarausschuss, gegen die Blockade der deutschen Bundesregierung sowie gegen einen – vorsichtig ausgedrückt – heftigen Lobbydruck des europäischen Bauernverbands und der Agrarindustrie die Reformvorschläge des Kommissars hätten erfolgreich verteidigen oder gar verbessern können. Wer dies seinen Lesern Glauben macht, begeht ein Foulspiel. Es offenbart sich ein erstaunliches Unverständnis von parlamentarischen Machtverhältnissen

und eine wenig realistische Einschätzung der in der Agrarpolitik vorhandenen Beharrungskräfte. Das sollte Jasper eigentlich besser wissen. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (AbL), für die Jasper hier schreibt, hat als Interessenvertretung einer alternativen bäuerlichen Landwirtschaft – trotz eigener 30-jähriger personeller Vertretung in Brüssel – selbst schmerzhaft erfahren müssen, wie zäh sich der Veränderungsprozess in der Agrarpolitik auf europäischer und deutscher Ebene gestaltet. Ich bin mit allen kritischen Umwelt- und Agrarverbänden auf deutscher und europäischer Ebene von Anfang an den Weg einer positiven, offenen und konstruktiven Zusammenarbeit gegangen und werde das auch in Zukunft tun. Nur so können wir größtmögliche Veränderungen hin zu einer nachhaltigen Agrarpolitik erzielen. Von vielen Verbänden wurde ich auf Veranstaltungen nach Deutschland eingeladen und viele haben mich in Brüssel besucht. In den Verhandlungen haben sie mich – allen voran BUND, Bioland, BÖLW und NABU – konstruktiv unterstützt. Leider hat sich die AbL einer konstruktiven Zusammenarbeit mit mir während der gesamten Verhandlungszeit verweigert. Welche historisch personellen Gründe es auch immer dafür geben mag: Hier wurden Synergien nicht genutzt – schade! Wer nicht an einem Strang zu ziehen bereit ist, sollte nicht im Nachhinein selbstherrlich den Stab über politische Ergebnisse brechen.

Martin Häusling

jAbL-Saatgut-Tour 2014 – Zukunft säen in Berlin und Brüssel

Die junge AbL verbindet die „Wir haben es satt!“ Demo in Berlin und die Kundgebung zur Reform der europäischen Saatgutgesetzgebung am 20.01.2014 in Brüssel mit einer Brückenfahrt unter dem Motto „Saatgutvielfalt retten – Zukunft säen in Berlin und Brüssel“, die am 15.01.2014 in Hannover beginnt. Wir wollen Aufmerksamkeit auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung des Saatgutes lenken, die beiden Kundgebungen unterstützen und den Entscheidungsträgern in Brüssel unser Anliegen, ein Gesetz für alle Menschen, nicht für einzelne Konzerne zu beschließen, mit in die Verhandlungen geben.

Mit zwei Schleppern starten wir vor dem Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium in Hannover in entgegengesetzte Richtungen und suchen auf dem Weg nach Berlin, respektive Brüssel, das Gespräch mit Menschen, deren Arbeit durch die neue europäische Saatgutgesetzgebung beeinflusst wird. Wir laden herzlich dazu ein, uns mit Schleppern oder anderen Gefährten ein Stück des Weges zu begleiten und zahlreich zu den Veranstaltungen unterwegs zu kommen – vergesst darüber aber nicht, dass Ihr auch in Berlin gebraucht werdet!

Die Route zum Mitfahren und aktuelle Infos über die Stopps sind bald unter: www.saatgut-tour.de zu finden. Nachfragen und Anmeldungen zum Mitfahren werden von junge-abl@abl-ev.de beantwortet.

Wer uns dabei unterstützen will, die Kosten für Diesel, Verpflegung, Infomaterial und Reifenschwundentschädigung für die Schlepperbesitzer zu wuppen, dem sind wir dankbar für eine Spende auf das Konto FaNaL e.V. Rheda-Wiedenbrück, KtNr.: 2029379, IBAN DE68 4785 3520 0002 0293 79 BIC WELADED1WDB BLZ:47853520 Kreissparkasse Wiedenbrück, Stichwort: Saatgutvielfalt 2014.

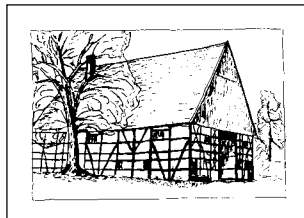
Auftakt:

15.01.2014

10.00 Uhr Landwirtschaftsministerium Hannover, Pressegespräch und Kundgebung,

Zuhören und Mitreden

Im Oktober nahm ich an einer Tagung zum Thema Boden teil. Im Saal der Heinrich Böll Stiftung in Berlin trafen sich Menschen mit sehr verschiedenen Erfahrungen: Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen aus der Umwelt-, Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik, Wissenschaftler und Bauern. Eine Referentin brachte Erfahrungen und



... aus Nordrhein-Westfalen

Fragen aus ihrer Forschungsarbeit in Ghana ein, eine andere berichtete, unterstützt von einer Übersetzerin, von ihrem Bauernnetzwerk in Tanzania. Einer stellte Ergebnisse einer Langzeitstudie vor zum Nachweis, dass der Ökologische Landbau die Welternährung und den nachhaltigen Bodenschutz leisten kann. Auch die Pausengespräche waren so verschieden wie die

vielen Menschen, die in und um die Landwirtschaft mitwirken; jeder auf seine Weise engagiert und verantwortlich. Es war spürbar, dass jedem wichtig ist, wie Landwirtschaft betrieben wird. Wie wir mit Menschen, Umwelt, Tieren und Pflanzen umgehen. Wie wir uns ernähren und weltweit menschenwürdig und fair handeln wollen. Es scheint heute das Wichtigste, zu lernen uns zu verständigen. Da treffen so unterschiedliche Blickwinkel, Sprachebenen und Lebenserfahrungen aufeinander – und wir müssen es schaffen zuzuhören, zu verstehen aber auch uns selbst mitzuteilen. Denn auch Wissenschaftler und Entwicklungsorganisationen müssen sich verstehbar machen. Bauern und Bäuerinnen können ihre Seele und Liebe zum Beruf einbringen. Nur sie haben diese Sicht aus dem individuellen Betrieb, das Leben und Arbeiten auf einem Hof und den Umgang mit der Natur zu beschreiben. Die Schwierigkeiten und Veränderungen mit denen sie umgehen genauso wie die Freude und Verwurzelung, die sie aus dem täglichen Umgang mit dem Leben ziehen können. Besonders die jungen Leute gehen heute ganz selbstverständlich und sogar weltweit mit Handy, Internet, E-Mail und sozialen Netzwerken um. Auch damit gilt es umzugehen. Aber wir alle müssen lernen, dies als Hilfsmittel zu erkennen, um die eigentliche Herausforderung zu bewältigen, Menschen mit ganz unterschiedlichem Hintergrund und Aufgabenfeld zu begegnen und Verständigung zu finden. Erst dann kann gemeinsame, von der Gesellschaft getragene und verantwortbare Landwirtschaft und Naturnutzung möglich werden, die sich nicht allein der Ökonomisierung unterordnet.

Ein Bauer (71) erzählt...

Berlin-Route

15.01.2014

14.00 Uhr Peine, Pressegespräch

15.30 Uhr JKI Braunschweig, Pressegespräch und Kundgebung

18.00 Uhr Lindenhof Eilum

16.01.2014

11.00 Uhr Gatersleben, Kundgebung

17.01.2014

Berlin, „Wir haben es satt!“-Mobilisierung auf den Wochenmärkten

18.01.2014

11.00 Uhr Berlin, „Wir haben es satt!“-Kundgebung

Brüssel-Route

15.01.2014

12.00 Uhr Hannover, Bundessortenamt

16.01.2014

10.00 Uhr Einbeck, KWS

13.00 Uhr Holzminden, Treffen mit Bauern zum Konvoi nach Höxter

13.45 Uhr Höxter, Pressegespräch mit Bauern

18.00 Uhr Werther bei Bielefeld, Hofdinner bei Maaß

17.01.2014

11.00 Uhr Drensteinfurt, Hoftermin bei Deventer

18.00 Uhr Hennef-Hanf, Hof Schmitz

18.01.2014

11.00 Uhr Bonn, „Wir haben es satt!“-Solidaritätskundgebung

19.01.2014

Saatguttreffen von La Via Campesina in Belgien

20.01.2014

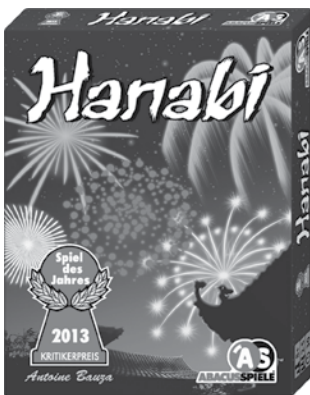
15.00 Uhr Kundgebung zur Reform der EU-Saatgutgesetzgebung,

Der kritische Agrarbericht 2014

Hanabi – ein Feuerwerk

Bei diesem Kartenspiel geht es mal nicht um den eigenen Vorteil sondern darum, gemeinsam auf dem Tisch ein buntes Feuerwerk (japanisch Hanabi) entstehen zu lassen. Überraschenderweise kennt keiner seine eigenen Karten – dafür aber die der Mitspieler. Nur mit Hilfe gegenseitiger Tipps bekommt jeder einen Eindruck, was er oder sie auf der Hand hält. Denn auslegen müssen alle selbst. Damit nicht eine falsche Karte mit unpassender Farbe oder Zahl gezückt wird, heißt es Konzentration beim Merken! Weil schließlich alle zusammen spielen, bleibt es natürlich der jeweiligen Spielerrunde überlassen, wie viel hilfreich gehüsst oder genickt werden darf. Das kleine, kurzweilige Kooperationsprojekt wurde zum Spiel des Jahres 2013 gewählt und ist wirklich sehr empfehlenswert. *cw*

Hanabi von Antoine Bauza, Kartenspiel für 2 bis 5 Spieler, etwa 30 min., ab 8 Jahren – Empfehlung ab 10, EAN: 4011898081220, Abacus-spiele, UVP 8,00 €



Da ist er wieder, pünktlich zum Jahreswechsel. Der kritische Blick auf die Geschehnisse und Entwicklungen in der Landwirtschaft und der Agrarpolitik. Auch die diesjährige Ausgabe des kritischen Agrarberichts spannt einen inhaltlich weiten Bogen. Von Agrarpolitik über Welthandel, Ökologischen Landbau und Produktion bis hin zu Tierschutz, Gentechnik, Verbraucher und Ernährungskultur. Viel zu viel, um einen schnellen Überblick geben zu können. Dennoch hier einige Themen im Speziellen: Natürlich werden die Ergebnisse der EU-Agrarreform beleuchtet und dargestellt, welche Möglichkeiten sich auf der Basis der Beschlüsse für die Mitgliedsstaaten ergeben. Mit Blick auf die Länder des Südens wird die europäische Exportpolitik und ihre Auswirkungen in den Empfängerländern beleuchtet. Geblickt wird auf die einstmals hochgelobte regionale Fleischvermarktung. Gibt es sie noch? Welche Chancen bestehen in der Region für die Region zu produzieren? Tierhaltung ist immer auch eine Frage des Tierschutz. Welche Stilblüten die industrielle Tierhaltung zu Tage fördert, zeigt unter anderem das millionenfache Töten von Eintagsküken. Vor allem

aber geht es um die Transparenz an der Ladentheke. Das Neulandprogramm ist seit Jahren Vorzeigeprojekt, das Tierschutzlabel eine neue Initiative des Tierschutzbunds. Und dann die Gentechnik. Im Labor, aber eben nicht auf dem Acker und in Lebensmitteln. Doch was bringt das kommende Jahr. Werden gentechnisch veränderte Nutztiere bald die Regel sein?

Ganz eng verknüpft sind alle diese Themen mit der Frage der Kultur, den Werten, die dahinter gedacht werden müssen. Ob man Tiere überhaupt halten darf und welche Alternativen es zum industriellen Missbrauch gibt. Auch dies versucht der Agrarbericht zu beantworten. Seien Sie gespannt auf über 300 Seiten geballte Information rund um und aus der Landwirtschaft. *mn*

*Der kritische Agrarbericht 2014
Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft*

ISBN 978-3-930413-57-7;
304 Seiten, 22,- €



Spenden für die bäuerliche Landwirtschaft!

Die AbL und der „Verein zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft - FaNaL e.V.“ rufen zu Spenden für die bäuerliche Landwirtschaft auf. Der Verein FaNaL mit den Vorsitzenden Ulrike Ostendorff und Josef Jacobi hat im Jahr 2000 seine Arbeit aufgenommen und sehr engagiert Informations- und Sensibilisierungsarbeit für eine bäuerliche Agrarpolitik geleistet - unter anderem in Kooperationsprojekten mit der AbL. FaNaL e.V. und die AbL unterstützen gemeinsam die Koordinierung und Beratung der Gentechnikfreien Regionen in Deutschland, um Bauern, Bäuerinnen und interessierten Bürgern bei ihren speziellen und praktischen Fragen zur nachhaltigen gentechnikfreien Landwirtschaft zu helfen und den Informations- und Erfahrungsaustausch untereinander zu organisieren. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bewahrung einer lebendigen Biodiversität, u.a. indem die Patentierung von Pflanzen und Tieren verhindert und das Recht auf Nachbau von Saatgut gewährleistet wird. Auch die Unterstützung einer nachhaltigen bäuerlichen Tierhaltung ist Bestandteil der FaNaL-Arbeit.

Ebenso hat FaNaL e.V. mehrere Tagungen der Jungen AbL zur zukunftsfähigen Land-

wirtschaft gefördert. Eine nachhaltige Landwirtschaft und eine Agrarpolitik, die sozial und ökologisch ausgerichtet ist, bekommen wir nicht automatisch, sie muss gezielt angepackt werden. Wer neben der ideellen auch eine finanzielle Unterstützung leisten will und kann, dem empfehlen AbL-Bundesvorstand und Geschäftsführung eine Spende an FaNaL e.V. (Spenden sind steuerlich abzugsfähig).

Spendenkonto:

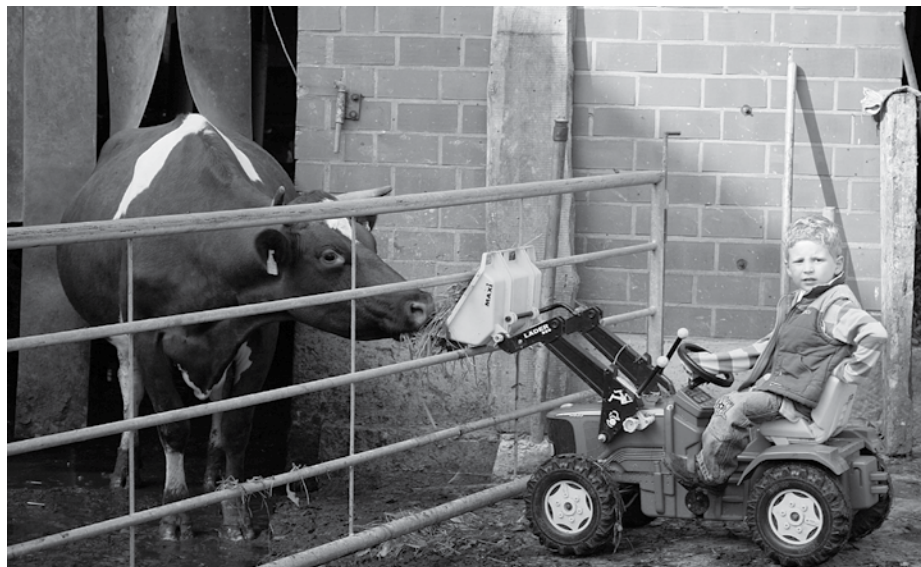
FaNaL e.V.

Kto-Nr. 20 29 379, BLZ 478 53 520

Kreissparkasse Wiedenbrück

IBAN DE68 4785 3520 0002 0293 79

BIC WELADED1WDB



Bäuerliche Zukunft braucht Geld und Nachwuchs - bitte unterstützen Sie unsere Arbeit Foto: Herzog

Ein neuer Klassiker

Stürwoldt ist wie guter Wein – er wird immer besser. Deshalb darf man sich getrost auf seine neuen Geschichten vom Land freuen. Witzig, wehmütig, warmherzig, so alliteriert der Klappentext der „Bauernparty“, seines druckfrischen Buches, im AbL-Verlag. Zum Glück macht Matthias Stürwoldt immer noch beides: melken und schreiben, das eine würde ohne das andere wohl nichts werden. Und so wird er immer mehr zum Klassiker der bäuerlichen Literaturszene. Wohltuend anders als Schnickschnack-Landlust oder platte Nervklischees. Und vorlesen tut er auch noch, das ist immer ein Erlebnis, was man sich nicht entgehen lassen sollte. Aber: bis er das nächste Mal in die Dorfneipe um die Ecke kommt, heißt die Devise: „Bauernparty“ bestellen und selber lesen! cs



Bauernparty; Matthias Stürwoldt; 184 Seiten, ISBN: 978-3-930-413-56-0; erschienen im AbL-Verlag; 11 Euro

Kurzes am Rande

Weltagrарbericht

„Weiter wie bisher ist keine Option“ - Was ist aus diesem Weckruf des Weltagrарberichts geworden? Neue Fakten, Zahlen, Veröffentlichungen und Diskussionen zu Hunger und Übergewicht, Ökologie und Bauernsterben, Fleischverbrauch und Agrosprit, Landgrabbing, Bodenfruchtbarkeit, Saatgut-Vielfalt und Gentechnik und ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Weltagrарberichts und alternativen Nobelpreisträger Hans Herren.

Die Neue Broschüre zum Weltagrарbericht ist endlich da! 52 Seiten, Preis: 4,00 Euro



Jung, dynamisch, erfolgreich!

Egal ob Landwirt, Student oder Quereinsteiger, in dem Buch „Jung, dynamisch, erfolglos?“ kann sich jeder in einem Rollenspiel zur Existenzgründung in der Landwirtschaft wiederfinden. Spielerisch und doch realistisch werden Möglichkeiten zur Verwirklichung der gesteckten Ziele aufgezeigt und beschrieben. Mit alltäglichen Problemen als selbstständiger Bauer, wie Preisdruck, Absatzmärkte oder rechtliche Bestimmungen, wird der Leser konfrontiert und hat anschließend mehrere Wege, diese Probleme anzugehen. Stellt man fest, dass die Ziele mit dem gewählten Weg nicht zu erreichen sind, geht man einen Schritt zurück und testet die andere Variante. Eine Auswahl von drei Charakteren zu Beginn erleichtert die Einstiegsmöglichkeit. Je länger man liest desto deutlicher wird, wie sich vergangene Entscheidungen auf die Gegenwart und die Zukunft auswirken.

Das Buch ist sowohl für den jungen Leser mit Interesse an der Landwirtschaft oder an der Selbstständigkeit als auch für den erfahrenen Bauern geeignet. Durch die Schreibweise und die Möglichkeit zur Mitgestaltung wird es nie langweilig und deckt immer wieder neue Möglichkeiten auf, auch für aktive Betriebsleiter. jm

Johannes Dill, & Harald Becker; Titel: Jung, dynamisch, erfolglos; ISBN 978-3-930413-53-9; 82 Seiten; 8,- €; erschienen im AbL-Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2014 2013 2012 2011 2008 2007
 22,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

- | | |
|---|--------------------|
| Expl. Bauernparty Neuerscheinung | Stückpreis 11,- € |
|Expl. Nützt ja nix | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuausgabe) | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Ein Bauer erzählt, CD | Stückpreis 10,- € |
| Expl. Schubkarrenrennen, | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Nehmt und Euch wird gegeben | Stückpreis 27,40 € |
| Expl. Der Wollmützenmann, | Stückpreis 11,90 € |
| Expl. Matthias Stürwoldt live, CD, | Stückpreis 9,50 € |
| Expl. Verliebt Trecker fahren, | Stückpreis 9,90 € |
| Expl. was für'n schöner Scheiß, CD | Stückpreis 10,- € |
| Expl. König Silo, CD | Stückpreis 10,- € |
| Leitbild Schweiz oder Kasachstan | Stückpreis 8,-€ |
| Expl. Jung, dynamisch, erfolglos? | Stückpreis 8,-€ |
- weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Anzeigenpreisliste 2014:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS Februar ist der 17. Januar 2014

Tiermarkt

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

• **Hütehunde für die Rinderarbeit** Unsere Australian Working Kelpie Hündin erwartet im Dezember Welpen. Die Eltern arbeiten mit Kühen, Jungtieren und Schafen auf unserem Betrieb. Kirsten Wosnitza ☎ 04673-962284 ☎ 08679-914968

Hof und Arbeit

• **Junger Biobauernhof im Aufbau** in SH sucht tatkräftige und unabhängige Mitbewohner. Hadii@gmx.net



WINDENERGIE- BETREIBER GESUCHT

Wir erwerben Ihren Windpark/Einzelanlage oder Ihre Mehrheitsbeteiligung - ohne Vermittlungs- oder Maklerprovisionen.

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 0421 / 168 66 10
akquise@wpd.de, www.wpd.de



DIE GRÜNE BUNDESTAGSFRAKTION LÄDT EIN:

ALLES GEGESSEN?

GRÜNE AGRARWENDE ODER FREIHANDEL FÜR DIE AGROINDUSTRIE

**Konferenz zur IGW am 18. Januar 2014
ab 14.30 Uhr im Deutschen Bundestag**

Seien Sie dabei und diskutieren Sie mit unseren PolitikerInnen und Fachleuten über unsere grünen Forderungen an die Agrarpolitik der nächsten vier Jahre.

Infos und Anmeldung:
gruene-bundestag.de » News » Termine

UNS GEHT'S UMS GANZE



Die KORNKREIS Bioland-Erzeugergemeinschaft, ein Zusammenschluss von rund 50 Bioland-Bauern im Raum Ulm, sucht zum baldmöglichsten Eintritt

eine/n Geschäftsführer/in

Mit Ihrer Überzeugung für den ökologischen Landbau vermarkten Sie die Ernte unserer Bioland-Landwirte.

Wir bieten Ihnen einen verantwortungsvollen und interessanten Arbeitsplatz.

Weitere Informationen unter www.kornkreis.name
Ihre Bewerbung senden Sie vorzugsweise per Mail an bewerbung@kornkreis.name

KORNKREIS Bioland-Erzeugergemeinschaft
Talstraße 21 · 89542 Herbrechtingen-Eselsburg

Veranstaltungen



Jahresmitgliederversammlung Hessen

02.02.2014, von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr

10.00 Uhr Begrüßung, Reinhard Nagel, Sprecher AbL Hessen
Berichte über die Arbeit der AbL auf Bundesebene
Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer AbL e.V.
10.30 Uhr Auswirkung der Neugestaltung der 1. u. 2. Säule
Gerd Trautmann, HMUELV
11.15 Uhr Agrarpolitik aus Sicht der Landesregierung
11.45 Uhr Diskussion
anschließend Mittagessen
13.15 Uhr öffentliche Mitgliederversammlung
Bericht aus Brüssel, Perspektive Hessen 2014
Tagungsort: Hof Hartmann, Fuldaer Straße 18, 36103 Fliesen
Anmeldung: hessen@abl-ev.de, oder 0160-8217015



Jahreshauptversammlung Regionalgruppe Allgäu

13.01.2014, 20.00 Uhr

Referenten:
- Herr Anton Lipp, Firma Plantatrak/Multiplan
Thema „Tiergesundheit“
- MdL U. Leiner stellv. Vors. des Bay. Landwirtschaftsausschusses
Gasthof Hirsch, Hauptstr. 7, 87488 Betzigau

E|L | Freund & Partner

Lutherstadt Wittenberg
Steuerberatung für die Landwirtschaft



Ihr Ansprechpartner
Marcel Gerds
Agrarökonom (M.Sc.)

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Wittenberg
Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg
Tel: (03491) 4180-0
Fax: (03491) 4180-12
E-Mail: agrar@etl.de
Web: www.etl.de/fp-wittenberg
www.facebook.com/fpwittenberg

Bäuerinnen & Zeit

10.01.2014, Bernhardswinden
Bäuerinnen nehmen sich Zeit - Zuhören, Entspannen, gemeinsam frühstücken.
9.30 Uhr Erlebnisbauernhof Fischer, Bernhardswinden, Anmeldung erforderlich
Isabella Hirsch T. 09852-1846

Bauern & Verbände

13.01.2014, Herrieden, 20.00 Uhr
Referent: Dr. Johann Kirchinger, Uni Regensburg.
Gasthaus Bergwirt, Herrieden

Preiskalkulation

22.01.2014, Zülpich, 17.00 Uhr
Wie kalkuliere ich meine Preise in der Verarbeitung und Direktvermarktung kostendeckend.
Praxisseminar von Demeter NRW.
Ort: Haus Bollheim, 53909 Zülpich
Teilnahmegebühr: 100 €, Anmeldung: Demeter NRW, Tel: 02302-915218, Fax: 02302-915222, info@demeter-nrw.de

Gentechnikfreie Futtermittel

22.01.2014, Dellmensingen, 19.30 Uhr
Gentechnikfreie und regionale Futtermittel, ein Erfolgsrezept für die Zukunft? Mit B.Stoll, Geschf. RKW Kehl, Genfrei-Bündnis Ulm
Ort: Gasthof „Hirsch“ 89155 Dellmensingen (bei Erbach/Ulm)

Muttergebundene Kälberaufzucht

29.01.2014, Fredeburg, 10.00 Uhr
Infos: www.domaene-fredeburg.de
Anmeldung und Veranstaltungsort: Domäne Fredeburg, Domänenweg 1, 23909 Fredeburg Tel: 04541-8621-43

Kühe verstehen

07.02.2014, Weibhausen, 20.00 Uhr
Mit Buchautor Martin Ott.
Gasthof Alpenblick, 83278 Weibhausen

Vorankündigung -Mitgliederversammlungen

Februar 2014
08.02.2014, Thüringen,
Sachsen, Sachsen-Anhalt
09.02.2014 Bayern
16.02.2014 Rheinland-Pfalz
12.02.2014 Reg-gr. Franken
Bitte nortieren!, Weitere Informationen in der Februarausgabe der Unabhängigen Bauernstimme, und www.abl-ev.de/Termine

Neuverpachtung der Domäne Emmendingen-Hochburg

Das Land Baden-Württemberg verpachtet die Domäne Emmendingen-Hochburg zum nächstmöglichen Zeitpunkt, voraussichtlich zum 1. Juli 2014.
Flächen: 108 ha (Acker, Grünland, Biotopflächen, Streuobstmodellanlage sowie Hofreite u.a.)
Gebäudebestand: Stallungen (Milchvieh, Milchziegen, Legehennen), Wirtschafts- und Wohngebäude

Erwartungen an den Pächter/die Pächterin:

- Berufsabschluss (Meister/Meisterin oder höher) in einem einschlägigen landwirtschaftlichen Beruf mit Auszubereignung und Berufserfahrung
- Bewirtschaftung der Domäne nach den Richtlinien des Ökolandbaues
- Enge Zusammenarbeit mit dem landwirtschaftlichen Bildungszentrum Emmendingen-Hochburg mit ca. 200 Fachschülern/innen und Seminarteilnehmern
- Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftlichen Technologiezentrum Augustenberg (LTZ) im Bereich ökologisches Versuchswesen.

Grundlage für die Verpachtung sind die Allgemeinen Pachtbedingungen des Landes Baden-Württemberg (Domänen-APB).

Für Auskünfte und Exposéversand stehen Herr Rist von Vermögen- und Bau Baden-Württemberg Amt Freiburg, Tel. 0761 59283801, E-Mail: Hans-Joachim.Rist@vbv.bwl.de und für Auskünfte zum Betrieb der Leiter des Landwirtschaftsamtes Emmendingen, Herr Ackermann, Telefon 07641/45191-10, E-Mail: p.ackermann@landkreis-emmendingen.de zur Verfügung.

Bewerbungen zur Anpachtung der Domäne auf der Grundlage des Exposés sind bis 30. Januar 2014 bei Vermögen und Bau Baden-Württemberg Amt Freiburg, Mozartstraße 58, 79104 Freiburg einzureichen.

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!

18. JAN. '14
 POTSDAMER PLATZ
 11⁰⁰ UHR
BERLIN DEMO



**KOMM MIT DEM TRECKER!
 ODER WERDE TRECKERPATE!**

Unterstützen Sie durch eine **Diesel-Spende** die Bäuerinnen und Bauern, die mit ihrem Trecker auf die Demo fahren. Gerne nehmen wir Sie als Gegenleistung in unsere Liste der Treckerpaten auf unserer Homepage auf!
 Eine Mail an braendle@wir-haben-es-satt.de genügt.

Spendenkonto
 Empfänger: DNR Umwelt und Entwicklung, Konto-Nr.: 260 051 81,
 BLZ: 370 501 98, IBAN: DE95 3705 0198 0026 0051 81, Sparkasse Köln-Bonn,
 Verwendungszweck: WHES Demo 2014 Treckerpatenschaft

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE/TRECKER



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat
 Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
 Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
 Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de
 Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
 Südnlds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
 Weser-Ems: Ernst Steenzen, Tel. 04482-660, steenzen@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
 Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
 Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
 Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
 Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
 Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
 Gentechnik: Reinhard Fiengenbaum, Tel: 05484/657
 Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
 Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
 Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
 Oberschwaben: Bärbel Endraß, Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
 Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
 Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax:08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393
 Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
 Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de
 Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33
 Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
 Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
 Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de
 Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Michael Beleites, michael.beleites@web.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
 Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
 Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
 Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
 Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg; Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:
 Christoph Dahlmann, Tel: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
 Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 99,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 134,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 44,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 69,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Wir sehen uns in Berlin!

Inzwischen gehört es zum normalen Ablauf meines Jahres, wie Neujahr, Geburtstag, Ostern, Hochzeitstag und der ganze andere Scheiß. Irgendwann in der dritten Januarwoche geht es nach Berlin. Nein, nicht zur Grünen Woche, die geht mir am Arsch vorbei, und in den vollen Hallen kriege ich Atemnot. Aber die Teilnahme an der nunmehr jährlich stattfindenden Großdemo gegen Agrarindustrie und für bäuerliche Landwirtschaft ist mir ein inneres Bedürfnis, ja, sogar eine innere Pflicht geworden. Und eines habe ich mir für den Rest meines Lebens vorgenommen: Einmal will ich auch als Treckerfahrer daran teilnehmen, und nicht nur als Fußgänger und Bahnfahrer, der bequem per ICE an den Ort des Geschehens gebracht wird. In diesem Jahr klappt es leider schon wieder nicht: Am Abend zuvor habe ich in Niedersachsen einen Auftritt, und in der Kürze der Zeit schaffe ich es von dort mit dem Trecker nicht nach Berlin. Also fahre ich wieder mit der Bahn und verschiebe die Treckerfahrt aufs nächste Jahr. Es ist ja immer gut, wenn auch für die Zukunft noch Ziele übrig bleiben, die es zu erreichen gilt. Einmal mit dem Trecker vor dem Brandenburger Tor stehen, und ohne geschummelt zu haben! Von wegen: Trecker rauf auf den Tieflader, mit dem LKW bis an den Berliner Stadtrand fahren, dort dann umsteigen und sich in der Innenstadt als Held der bäuerlichen Landwirtschaft feiern lassen! Nein, ich will die Strecke wirklich fahren, mit 35 km/h, am besten mit dem Landini. Der kennt sich in Berlin schon aus; er war schon dort, aber nicht mit mir, sondern mit einem Agrarstudenten, der ihn sich ausgeliehen hatte. Als er damals vom Hof abfuhr, Richtung Berlin, guckte ich ihm nach, war ein bisschen neidisch und verfluchte für einen Moment die Angewandtheit an den Hof, die Viecher und den ganzen Rest. Aber dann freute ich mich, dass ich all das habe. Hätte ich das nicht, was bliebe dann noch? Und ich hörte die Stimme von Janis Joplin in meinem Kopf, wie sie die wunderbaren Zeilen aus Kris Kristoffer-

sons großem Song singt: „Freedom is just another word for nothing left to lose“. Und ja, ich habe etwas zu verlieren. Unter anderem einen Hof, der seit 1911 in Familienbesitz ist und den meine Vorfahren sich im wahrsten Sinne des Wortes vom Mund abgespart hatten, um endlich, endlich selbständig zu sein. Nie werde ich vergessen, wie mein Opa erzählte, dass er als Kind noch miterlebt hatte, wie seine Eltern vom Gutsherren geschlagen worden waren. Noch Jahrzehnte später trieb ihm das



Same procedure as every year.

tar Eigenland, 35 hinzugepachtet, überwiegend Grünland, dazu 50 Milchkühe: Betriebswirtschaftler schütteln den Kopf, und wenn sie zynisch sind – und nicht wenige von ihnen sind zynisch – dann lachen sie sich kaputt. In ihren Augen sieht ein Betrieb der Zukunft anders aus, und ganz ehrlich: Hätte ich nicht einen zweiten Beruf, der ordentlich Geld reinbringt, es sähe ganz schön düster aus. Trotzdem weigere ich mich zu glauben, dass die Milchkuh der Zukunft ihr Leben zwangsläufig im Stall – selbstverständlich ohne Weidegang – inmitten einer Herde von mindestens 300 Tieren zubringen und mit einem industriell zusammengepanschten Brei aus zum Teil gentechnisch veränderten Zutaten gefüttert werden muss. Das mag gehen, aber das heißt noch lange nicht, dass es richtig ist. Nein, ich glaube, dass es richtig ist, dass Kühe überwiegend Gras fressen, dass sie im Sommer auf der Weide stehen und dass sie auch lebens- und liebenswert sind, wenn sie unter 7.000 Liter Milch im Jahr geben. Jedes Mal, wenn ich die Kühe zum Melken von der Weide hole, dann freue ich mich, Bauer zu sein, und ich hoffe, dass ich nicht der letzte bin. Ich will nicht derjenige sein, der das Hoftor schließt, nicht derjenige, der das Erbe seiner Mütter und Väter verhöhnt, indem er sein Land an die Agrarindustrie verpachtet, auch wenn es – vordergründig – wirtschaftlich sinnvoll erscheinen mag. Nein, es wäre die größte Niederlage meines Lebens.

Foto: Schievelbein

die Tränen in die Augen, und ich begann zu begreifen, welch ein Segen das Jahr 1911 für meine Familie gewesen war, auch wenn die ersten Jahre in Armut und Not zugebracht wurden. Meine Urgroßeltern waren arm und auch nicht frei – sie hatten nun ja etwas zu verlieren – aber sie waren zumindest nicht mehr abhängig. Jedenfalls nicht von der Willkür ihres Gutsherren. 1932 übernahmen meine Großeltern, 1962 meine Eltern und schließlich 1998 Birte und ich. Und nach einer Zeit der Blüte in den Jahren meiner Eltern ist der Hof heute gefährdeter denn je. 40 Hek-

Und ich muss an ein anderes Lied denken, „Lovers in a dangerous time“ von Bruce Cockburn. Da heißt es: „Nothing worth having comes without some kind of fight! We got to kick at the darkness till it bleeds daylight!“ Ich habe etwas zu verlieren, und ich werde kämpfen. Für meine Familie, für meinen Hof, für meine Landwirtschaft! Lasst uns solange gegen die Dunkelheit treten, bis das Tageslicht heraus blutet. Wir sehen uns in Berlin!

Matthias Stührwaldt

unabhängige **BAUERNSTIMME: fährt nach Berlin**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221